

Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
Mai/Juni 2020
39. Jg.

ISSN 0949-0000/ISSN 1862-5568

CORONA: FRAUEN, FORDE- RUNGEN, WIDERSTAND

- 
- Auswirkungen des Lockdowns auf die Frauen
 - Kritische Aspekte des Lockdowns
 - June Almeida: Entdeckerin des Corona-Virus
 - nun steht Armut auf dem Spielplan
 - Protest der Krankenpflegerinnen
 - Euren Applaus könnt ihr euch sonstwohin stecken
 - Gewaltschutz für Flüchtlinge!
 - Wenn das Zuhause kein sicherer Ort ist
 - #Abortionincrisis
 - Nachruf:
Ursula
Nienhaus:

Inhalt

CORONA-LOCKDOWN: FRAUEN, FORDERUNGEN, WIDERSTAND 3

0. Der radikale Rückzug	
1. <u>AUSWIRKUNGEN DER CORONA-SCHUTZMAßNAHMEN AUF FRAUEN</u>	4
1.1. Frauen: zurück in die 50er Jahre? Gefahr für die Gleichberechtigung.....	4
1.2. Anstieg der Männergewalt gegen Frauen: die Familie war und ist kein sicherer Ort.	5
1.3. Alleinerziehende Frauen waren noch stärker betroffen	6
1.4. Die Pflegekräfte waren und sind hauptsächlich Frauen	7
1.5. Corona und Prostitution.....	9
2. <u>KRITISCHE SICHT AUF DIE CORONA-SCHUTZMAßNAHMEN.....</u>	10

3. WEITERE BEITRÄGE 15

3.1. JUNE ALMEIDA: sie entdeckte Coronaviren vor Jahrzehnten. Anerkennung bekam sie kaum	15
3.2. „Corona: Nun steht Armut auf dem Spielplan“ (Bettina Kenter-Götte)	18
3.3. „Ich empfinde das als aktive Sterbehilfe“ (Renan Demirkan)	19

4. FORDERUNGEN..... ...21

4. Protest der Krankenpflegerinnen gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen in der Corona-Krise und darüber hinaus	
4.4.1 Ein Gruß direkt aus der Klinik (Ingrid Greif),21	
4.4.2. Berliner Krankenpflegerin klagt an: „Euren Applaus könnt ihr euch sonstwohin stecken“ 23	

Weitere Forderungen: medica mondiale: CORONA-KRISE: GEWALTSCHUTZ FÜR GEFLÜCHTETE FRAUEN muss endlich umfassend umgesetzt werden, www.biff.de: Gemeinsames Statement zur Coronakrise: Wenn das Zuhause kein sicherer Ort ist; Die Lagerpflicht für Geflüchtete muss endlich abgeschafft werden; #Abortionincrisis –Sicherer Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen auch in der Corona-Krise

Nachruf: Eine Pionierin der Frauenbewegung ist von uns gegangen: URSULA NIENHAUS, von Gisela Notz 29

Impressum:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V., Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, www.kofra.de, kofra-muenchen@mnet-online.de. Verantwortlich: Anita Heiliger
 Abonnement: 6 Ausgaben in ca. 3monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto, Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto:
 IBAN: DE28700205000007805500, BIC: BFSWDE33MUE

CORONA-VIRUS: FRAUEN-FORDERUNGEN- WIDERSTAND

von Anita Heiliger

0. Der radikale Rückzug

Dieser Beitrag ist eine subjektive Dokumentation vom Lockdown der Corona-Schutzmaßnahmen der Regierung zwischen Mitte März bis Anfang Mai 2020, um das Virus an seiner Ausbreitung zu hindern und zurückzudrängen. Die Bilder aus den Krankenhäusern der italienischen Stadt Bergamo schockierten dermaßen, dass anfangs kaum Widerstand und Kritik geübt wurde bzw. davon in den täglichen Corona-Nachrichten nicht berichtet wurde. Der Lockdown verlangte einen radikalen Rückzug in die privaten Wohnungen und eine Kontaktsperre zu Personen, die nicht zum eigenen Haushalt gehörten. Berufliche Tätigkeiten, die nicht systemrelevant¹ sind, konnten nur online ausgeübt werden, soweit es von den Berufen her möglich war. Alle Wirtschaftsbetriebe mussten schließen bis auf Supermärkte, Apotheken und Post – eine noch nie dagewesene Herausforderung und für viele ein enormer Stress. Nahezu das ganze Leben der Gesellschaft stand still, alle Menschen befolgten die Anweisungen der Regierung, soweit sie dazu in der Lage waren.

HartzIV-EmpfängerInnen und Obdachlose wurden offenbar in dem mittel-

schichtorientierten Plan des Lockdowns total vergessen, die Ämter waren oft nicht erreichbar, Geld wurde nicht ausbezahlt, die Tafeln mussten ebenfalls schließen. Ohne Initiativen, die Essen und Lebensmittel sammelten und verteilten, hätte sich hier schon mal eine soziale Katastrophe entwickelt. Ebenso wurde wohl nicht bedacht, dass die Wohnung nicht für alle ein netter und sicherer Ort ist, Erhöhung von Männergewalt gegen Frauen deutete sich an und die Familienministerin reagierte nach energischen Forderungen² (s.u.) der Frauen-Hilfsprojekte, mit Verstärkung von Hilfsmaßnahmen für die Frauen.

Auch vergessen wurde im vermutlich von überwiegend männlichen PolitikerInnen entwickelten Plan des Lockouts, dass sich Repatriarchalisierungsmuster wieder verstärkten und geschlechtshierarchische Muster wie selbstverständlich wieder Platz griffen. Es wird aktuell ein großer Rückschritt in der Frage der Gleichberechtigung erwartet³

Das Überleben der Wirtschaft ließ sich der Staat Milliarden Euro an Unterstützung und Krediten aus Steuergeldern kosten. Wie die „privaten“ Menschen und alle Freiberuflichen mit ihren Verlusten durch den Ausfall von Einnahmen umgehen und andere durch den Wegfall des Arbeitsplatzes in Unter-

¹ <https://www.bedeutungonline.de/was-bedeutet-systemrelevant-bedeutung-definition-berufe>

² S. unten

³ Bezugnahme auf Jutta Almendinger bei „Anne Will“ am 3.5.2020

nehmen, und wie sich die Situation der Wirtschaft insgesamt darstellt, wird bald zu berichten sein. Derweil werden die Restriktionen des Lockdown sukzessive gelockert, denn die Menschen werden ungeduldig, Verständnis für die strikten Maßnahmen nimmt ab, die Kritik aber wächst und die Rückkehr zum „normalen“ gesellschaftlichen Leben wird sehnsüchtig erwartet.

1. ZUR AUSWIRKUNG DER CORONA-SCHUTZ-MAßNAHMEN AUF FRAUEN

1.1. Frauen: zurück in die 50er Jahre? Gefahr für die Gleichberechtigung

Frauen waren von den Schutzmaßnahmen wegen des Corona-Virus besonders negativ betroffen. Die Ausgangssperre zwang sie in die familialen Strukturen und setzte sie überwinden geglaubten Strukturen der 50er Jahre aus, in denen die berufliche Tätigkeit der Frauen noch nicht selbstverständlich war, ihre Rolle überwiegend noch bei Hausfrau und Kinderbetreuung lag und der Mann der Alleinverdiener war. In der Kontakt-/Ausgangssperre der Coronakrise nahmen Männer sich im Home-Office selbstverständlich ihren Raum für ihre Arbeit am PC und marginalisierten die Frauen mit deren eigener beruflicher Arbeit und der Betreuung von Kind und Haushalt obendrein.⁴) Sabine Rennefanz beschreibt, wie sich die Situation zuspitzte: *„Mein Kopf brummte, mir wurde schwindelig. Wie sollte ich das alles 5 Wochen aushalten? Am Liebsten wäre ich weggerannt und hätte ganz laut geschrien. Mein*

Mann saß ungerührt am Rechner, als ginge ihn das Chaos nichts an. Ich merkte, wie ich wütend wurde...“⁵ Oder bei Markus und Kristin, die von Annika Ross interviewt wurden:

„Eigentlich wollten sie im Mai heiraten. Die Hochzeit ist abgesagt, es wäre eine Großveranstaltung mit 120 Gästen geworden. Kristin ist froh darüber. Sie weiß nicht, ob sie Markus überhaupt noch will. Es begann mit dem Home-office. Markus startete früher mit der Arbeit von zuhause aus, besetzte das Büro in der gemeinsamen Dreizimmer-Wohnung. Als Kristin eine Woche später auch ins Homeoffice ging, musste sie ihr Büro im Wohnzimmer aufbauen und abends räumen. Ganz nebenbei hörte Markus damit auf, morgens sein Bett zu machen, in der Wohnung aufzuräumen, Wäsche zu waschen, Kaffeetassen in die Spülmaschine zu stellen. Einfach so. Und am schlimmsten: Frau Kruse kommt nicht mehr. Die Putzfrau. Seither versumpft die Wohnung. Weil Kristin sich weigert, alles alleine zu machen und Markus den Staubsauger nicht findet. Beide arbeiten Vollzeit. Vor Corona sind sie abends oft Essen gegangen und haben selten viel gemeinsame Zeit in der Wohnung verbracht. Als Markus anfang zu fragen: „Was gibt’s heute zu essen?“ platzte Kristin der Krage. Ob Markus der Mann ihres Lebens ist, ist jetzt erst mal dahingestellt, der Kinderwunsch in weite Ferne gerückt.“⁶

„Geschlechtergerechtigkeit geht gerade flöten. Geräuschlos“, schrieb Annika

⁴ vgl. Ross, auf emmaonline, 26.3.2020

⁵ Sabine Rennefanz: Home-Office: Schreiende Mütter, MMA, 29.3.2020

⁶ Annika Ross: Corona: Paare in der Krise, emmaonline, 17.4.2020

Ross in der EMMA: „*Wer kümmert sich um die Kinder? Um ältere Menschen? Und wer steckt im Job zurück? Wer wird das auch in Zukunft machen müssen? Corona stürzt Frauen in alte Rollenmuster. Das darf nicht passieren. Es lebe der Feminismus.*“⁷ „*Zeit für Protest!*“ fand dementsprechend auch Jagoda Marinic in der SZ: „*Die Pandemie ist ein Zeitfresser, wenn es um Frauenrechte geht. Sie frisst mit jedem Tag, den sie unseren Alltag bestimmt, den Fortschritt der vergangenen Jahre. Sie vertieft die Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, sie erhöht den Gender-Pay-Gap.*“ Wenn argumentiert werde, in Krisenzeiten müsse es zuerst ums Überleben gehen, die Frauenfrage sei jetzt nicht wichtig, kontert sie „*Das Gegenteil ist der Fall, sie ist wichtig wie nie, damit Frauen und Mädchen als die Hauptgeschädigten hervorgehen.*“⁸ Sie kritisiert dementsprechend auch die Dominanz von Männern in der Berichterstattung zur Pandemie, deren Selbstinszenierung als Manager der Krise. Frauen waren da kaum gefragt, als Experten galten Männer, egal wieviel Zweifel ihre Vorträge auch wecken mochten.

Und ganz nebenbei was die Frauen als Expertinnen anbetrifft: nur in den Anfängen der Pandemie konnten wir ganz kurz die hervorragende Virologin Marylyn Addo kennenlernen⁹ und dass das

⁷ Annika Ross: „Gefahr für Gleichberechtigung. Durch die Corona-Krise zurück in das Rollenmodell der 50er Jahre?“ auf emmaonline am 26.3.2020

⁸ Jahoda Marinic: Zeit für Protest, Süddeutsche Zeitung v. 17.4.2020

⁹ „Sie ist seit 2013 Oberärztin und Professorin für Emerging Infections (DZIF) und seit 2015 Leiterin der Sektion Infektiologie im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf.^[2] Ihre Fach-

Corona-Virus von einer Frau, der amerikanischen Infektionistin June Almeida, bereits 1964 entdeckt wurde, war nur durch einen Eintrag von Sonja Ziegowski auf der facebookseite von Kofra zu erfahren¹⁰. Den Medien war es keine Nachricht wert¹¹

Kritik und auch vernünftige Fragen zur Einschätzung der Schutzmaßnahmen und der täglich präsentierten Zahlen der bekannt Infizierten, der Genesenen und der Gestorbenen fanden sich in den ersten Wochen des shutdowns in den gängigen Medien äußerst selten oder nur sehr verhalten, nur ganz wenige, wie z.B. Monitor gaben ihnen Raum. Dafür blühten außerhalb dieser Medien Verschwörungstheorien, die von den wirklichen Problemen ablenkten. Die Soziologin Jutta Allmendinger meldet sich zu Wort und warnt: „Frauen tragen die Hauptlast der Krise“¹².

1.2. Anstieg der Männergewalt gegen Frauen: die Familie war und ist kein sicherer Ort.

Es ist vorprogrammiert, dass Männergewalt gegen Frauen, die auch in „normalen“ Zeiten bekanntlich sehr hoch ist,

gebiete sind Infektiologie und Tropenmedizin. Ein Schwerpunkt ihrer Forschung nach 2014 war die Entwicklung des Präparates VSV-EBOV, das als Impfstoff gegen Ebola eingesetzt werden kann. An der Erforschung und Impfstoffentwicklung des MERS-Virus war sie ebenfalls beteiligt.^[2] Seit 2020 beteiligt sich Addo mit ihrem Team an der Entwicklung eines Impfstoffs gegen das Coronavirus.³ Eintrag auf Wikipedia

¹⁰[https://l.facebook.com/l.php?u=https%3A%2F%2Fwww.nationalgeographic.com%2Fhistory%2F2020%2F04%2Fjune-almeida-discovered-coronaviruses-decades-ago-little-](https://l.facebook.com/l.php?u=https%3A%2F%2Fwww.nationalgeographic.com%2Fhistory%2F2020%2F04%2Fjune-almeida-discovered-coronaviruses-decades-ago-little)

¹¹ Uns schon: siehe den Artikel über sie weiter unten,

¹² in einem Interview mit Johannes Pennekamp im Podcast der FAZ am 17.5.2020

in solch einer Krisensituation zunimmt und Frauen ihr vielfach schutzlos ausgeliefert sind. *„Ausgehbeschränkungen, Sorgen um die Gesundheit, Existenzängste und ein Familienleben dauerhaft auf engstem Raum: Angesichts der Corona-Krise befürchten Expertinnen und Experten eine Zunahme von Fällen häuslicher Gewalt.“*¹³ Die Anfragen für Schutz in Frauenhäusern stiegen und die Frauen mussten oft abgewiesen werden. Nachdem Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen auf das Problem aufmerksam machten und Forderungen erhoben zur Ausweitung des Schutzes betroffener Frauen, hatte die Politik reagiert. Es wurde zugesichert¹⁴, mehr Zufluchtsmöglichkeiten zu schaffen und Beratung anzubieten¹⁵: *„Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen sind systemrelevant. Bundesministerium sagt Unterstützung zur besseren technischen Ausstattung für Telefon- und Online-Beratung zu“*¹⁶. Die Familienministerin Giffey hatte weiterhin folgende 10 Punkte für notwendige Unterstützung zusammengestellt: 1. Aufrechterhaltung des Hilfetelefons gegen Gewalt an Frauen, 2. Aufrechterhaltung des Hilfetelefons „Schwangere in Not“, 3. Schwangerschaftskonfliktberatung, 4. Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“, 5. Schaffung eines sozialen Schutzschirms für die Frauenhaus- und Frauenberatungsinfrastruktur in Deutschland, 6. Pragmati-

¹³ Pressemitteilung vom 27.3.20208

¹⁴ Z.B. Gemeinsames Statement zur Coronakrise: Wenn das Zuhause kein sicherer Ort ist, 19.03.2020 auf: www.bff.de

¹⁵ S. ebd. Und vgl. weitere Pressemitteilungen der Familienministerin Giffey vom 26.3. und 3.4.2020

¹⁶ Aus der Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 9.4.2020

sche Lösungen für Corona-bedingte Engpässe bei Frauenhauskapazitäten finden, 7. Übernachtungsmöglichkeiten für Prostituierte wegen der Schließung der Bordelle, 8. Nutzung der Wegweisungsmöglichkeiten der Landespolizeigesetze und des Gewaltschutzgesetzes, 9. Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit, 10. Initiative www.staerker-als-gewalt.de weist auf Hilfsangebote hin¹⁷.

Die Wirkung dieser Maßnahmen bleibt abzuwarten. Aber eine wichtige präventive Perspektive fehlt wie nahezu immer beim Thema Gewalt gegen Frauen: die Benennung der Gewalt als Männergewalt und die Ergreifung deutlicher präventiver und Interventions-Maßnahmen zur spürbaren Sanktionierung und Abschreckung durch verstärkte Androhung und Durchführung gerichtlicher Maßnahmen und empfindlicher Strafen für die Täter.¹⁸ Stattdessen dürften die ökonomischen Auswirkungen der Krise die Abhängigkeit der Frauen von den ihren Männern massiv erhöhen und sie dadurch noch länger bei gewalttätigen Männern festhalten.

1.3. Alleinerziehende Frauen waren noch stärker betroffen

*„Kaum eine Gruppe traf der Coronavirus-Ausnahmezustand so hart wie Alleinerziehende Frauen“*¹⁹. Sie konnten sich im Lockdown noch nicht einmal die Arbeit für Kinder und Haushalt mit ei-

¹⁷ Ebd.

¹⁸ vgl. Anita Heiliger: „Die Täter strafrechtlich in die Verantwortung nehmen und konsequent Primärprävention betreiben!“, in: Kofra 164

¹⁹ Mareice Kaiser: Warum Frauen gerade nicht gefragt sind, 2.4.2020 auf editionF

nem Partner teilen, wie partnerschaftlich er sich auch verhalten mochte. Ohne die gewohnte Betreuung in Kitas und Schulen konnten sie berufliche Arbeit zur Existenzsicherung ihrer Familie kaum durchführen (vgl. MIA e.V.) und gerieten finanziell in Notsituationen. In einem Verbund riefen sie

“in einem offenen Brief die Bundesminister Hubertus Heil und Olaf Scholz auf, für Alleinerziehende während der Dauer der Pandemie ein bedingungsloses Grundeinkommen, das Krisen-BGE plus, auszahlten. Denn diese Bevölkerungsgruppe, die schon in normalen Zeiten das höchste Armutsrisiko in Deutschland hat, ist von den Corona-bedingten Belastungen und Verwerfungen besonders stark betroffen“²⁰. Die Forderung an die Bundesminister greift die aktuelle Petition an den Bundestag zu einem bedingungslosen Grundeinkommen von monatlich 1.000 Euro auf und erweitert diese wegen der spezifischen Mehrbelastungen Alleinerziehender um ein Plus von je 200 Euro pro Erziehendem und pro Kind. „Alleinerziehende Eltern stehen besonders in der Care-Pflicht und müssen derzeit zusätzlich ihre Kinder zu Hause beschulen und betreuen. Viele von ihnen sind Mini-Jobber und Solo-Selbständige, die in Folge der Pandemie-Maßnahmen der Bundes- und Länderregierungen in eine höchst prekäre Lage geraten. Alleinerziehende mit Voll- oder Teilzeitstellen erleben zunehmend, dass sie entweder Minusstunden anhäufen, die sie nie abtragen können, unbezahlten Urlaub nehmen

sollen oder gar gekündigt werden. Die Folgen der Coronakrise treffen insbesondere Frauen und ihre Kinder mit voller Wucht.“²¹

Die alleinerziehenden Frauen gehören auch zu der Gruppe, deren Kinder vom online-basierten Schulunterricht während des Lockdowns zu Hause, der zu den Corona-Schutzmaßnahmen gehört, oft nicht profitieren können, weil die digitale Ausstattung zuhause oft von den Müttern nicht geleistet werden kann. Bekanntlich zahlen die Väter der Kinder überwiegend nicht die Unterhaltsleistungen für die Kinder und werden unverständlicherweise dafür vom Staat auch nicht zur Rechenschaft gezogen.

1.4. Die Pflegekräfte in der Krise waren und sind hauptsächlich Frauen

In der während des Lockdowns als „systemrelevant“ bezeichneten Arbeit vor allem in den Krankenhäusern sind Frauen unentbehrlich, als Pflegekräfte an vorderster Front, nicht erst in der Pandemie: überlastet, unterbezahlt und oft mangelhaft geschützt vor dem Virus, viele starben an ihm. Die Krankenschwester Ingrid Greif nahm eine sehr politische Stellung zu dieser Situation ein und forderte Unterstützung statt Beifall²²:

„All jenen, die sich jetzt bedanken bei uns, dem Krankenhauspersonal, die uns jetzt loben und beklatschen, möchte ich sagen: ja freut uns! Aber was wir von Euch allen wirklich brauchen ist,

²⁰ aus der Pressemitteilung der Initiative Fair für Kinder und der MIA - Mütterinitiative für Alleinerziehende vom 3.4.2020

²¹ Ebd.

²² Damit bezog sie sich auf Menschen, die vor den Krankenhäusern Beifall klatschten, um sich bei den Krankenschwestern für ihre Aufopferung in der Corona-Krise zu bedanken.

dass Ihr Euch an unsere Seite stellt, im Kampf gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens, im Kampf dagegen, dass unsere Krankenkassengelder den vielen Beraterfirmen, der Pharmaindustrie und den Profiteuren der Privatkrankenhäuser in den Rachen geworfen werden, anstatt in unsere Gesundheitsversorgung. Wer es uns bis jetzt nicht geglaubt hat, der sieht es jetzt: Privatisierung tötet. Privatisierung sorgt dafür, dass die kommunalen Häuser in einen Konkurrenzkampf getrieben werden, den sie nicht überstehen können. Und mit ihnen wir: das Personal. Auf unserem Rücken wird das seit Jahren ausgetragen. Seit Jahren weiß es doch jede und jeder: wir sind am Ende unserer Kräfte, wir können schon lange nicht mehr unsere PatientInnen – also Euch alle – so versorgen, wie wir es gelernt haben.

Jetzt gibt es für uns nicht einmal mehr genug Schutzkleidung.

Wir wissen, dass für uns die nächsten Wochen und Monate das Arbeitszeitgesetz, der Gesundheitsschutz keine Gültigkeit haben wird.

Deswegen: liebe KollegInnen von BMW und MAN, von EDEKA und REWE, liebe LehrerInnen und BusfahrerInnen, liebe KollegInnen von der Post und von allen anderen Betrieben, stellt Euch an unserer Seite, lasst uns gemeinsam für ein gutes Gesundheitssystem streiken, denn Kundgebungen, Appelle, Petitionen gab es die letzten Jahre zu Genüge, das Ergebnis können jetzt alle sehen.

Lasst uns aufhören an den Symptomen herumzudoktern, lasst uns das Übel an den Wurzeln packen: die Privatisierung!

Auch die Krankenpflegerin Nina Magdalena Böhmer reagierte zornig auf die vielen Dankesgesten, die ihr und ihren Kolleginnen entgegengebracht werden:

„Wenn ihr uns helfen wollt, dann klatscht nicht, singt nicht, unterschreibt lieber eine Online Petition und wählt Parteien, die sich für uns einsetzen. Ich verrate nur so viel: Jens Spahn ist es nicht.“²³

Es ist zu hoffen, dass dieses Engagement der Frauen und ihre Forderungen Folgen haben werden und der Gesundheitsminister sowie alle andern PolitikerInnen etwas daraus lernen. Öffentlich ist ja erst durch die Corona-Krise schlagartig klar geworden, wie wichtig, aber unterbezahlt, unterbewertet und gefährlich die Arbeit der Krankenschwestern ist, aber auch welche große Rolle Frauen in vielen anderen beruflichen Bereichen einnehmen und diese am Laufen halten: *„Frauen leisten den überwiegenden Teil der systemrelevanten Arbeit in dieser Krise – und auch sonst. In Krankenhäusern arbeiten 76 Prozent der Frauen, im Einzelhandel 72,9 Prozent, in Kindergärten und Vorschulen 92 Prozent, aber gefragt sind gerade Männer...“²⁴.*

Die Krankenpflegerinnen fordern endlich höhere Gehälter, die ihrer schwierigen Arbeit – nicht nur zu Corona-Zeiten - gerecht werden. Zur Zeit sieht es eher danach aus, als sollte lediglich ein einmaliger Bonus von 1000€ an die Pflegekräfte ausgezahlt werden, also

²³ Zit. Aus dem Artikel von Jutta Proisinger vom 28.3.2020: „Berliner Krankenpflegerin klagt an: euren Applaus könnt ihr euch sonstwohin stecken“, auf <http://m.tagespiegel.de>

²⁴ Mareice Kaiser: Warum Frauen gerade nicht gefragt sind, am 2.4.2020 auf EditionF

muss über höhere Löhne noch gestritten werden.

1.5. Corona und Prostitution

Die Situation der Prostituierten ist ebenfalls kritisch im shutdown zu sehen. Obwohl Kofra ja für die Abschaffung der Prostitution und für ein Sexkaufverbot eintritt²⁵, so sind wir doch solidarisch mit den Frauen, von denen wir wissen, dass sie in der Regel traumatische Erfahrungen gemacht haben, die sie letztlich in die Prostitution treiben, ebenso wie oftmals extreme Armut. Da Deutschland mit dem Prostituiertenschutzgesetz die Prostitution erlaubt und als Arbeit akzeptiert, ist es auch verantwortlich für die prostituierten Frauen zur Zeit des shutdowns. Die Familienministerin Giffey nimmt hierzu wie folgt Stellung²⁶:

„Die Beschränkungen zum Zwecke einer langsameren Ausbreitung des Coronavirus haben auch nachhaltige Auswirkungen auf den gesamten Bereich der Prostitution, insbesondere auf die wirtschaftliche und soziale Lage von Sexarbeitenden. Hierzu gehört insbesondere, dass viele in der Prostitution tätige Personen aufgrund der Schließungen von Prostitutionsstätten, Bordellen und ähnlichen Einrichtungen von Obdachlosigkeit bedroht sind. Durch den Einbruch der finanziellen Einnahmen fehlen die Mittel für alternative Übernachtungsmöglichkeiten. Die Bundesländer sind für die Anwendung und Umsetzung des ProstSchG zuständig. Dies ermöglicht gerade auch in der gegenwärtigen Situation, dass sachgerechte Entscheidungen unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen vor Ort getroffen werden können. Das

BMFSFJ bietet den Ländern Auslegungshinweise an, welche sie bei ihren eigenen Entscheidungen mit einbeziehen können.“

Giffey macht dabei auch klar, dass die Prostituierten zwar ihr Gewerbe nicht ausüben dürfen, aber dass sie in den Bordellen übernachten können: *“Die Schließung von Prostitutionsbetrieben bedeutet nicht, dass Sexarbeitende nicht mehr in diesen übernachten dürfen.“* Allerdings werden sie ohne Einnahmen aus der Prostitution die Mieten nicht bezahlen können.

● Bundestagsabgeordnete fordern Prostitutionsverbot

16 Parlamentarier von Union und SPD fordern einen langfristigen Shutdown für den Sexkauf. Das Gewerbe habe die Wirkung eines "epidemiologischen Superspreaders". Bundestagsabgeordnete aus Union und SPD fordern, Prostitution in Deutschland weiterhin zu verbieten. Der während der Coronakrise verhängte Shutdown für das Gewerbe dürfe nicht gelockert werden, verlangen sie laut der Nachrichtenagentur dpa in einem Brief an die Regierungschefs der Länder.

Sie befürchteten andernfalls Infektionsherde. "Es dürfte auf der Hand liegen, dass Prostitution die Wirkung eines epidemiologischen Superspreaders hätte - sexuelle Handlungen sind in der Regel nicht mit Social Distancing vereinbar", heißt es in dem Papier. Bei der Nachverfolgung von Infektionsketten werde aller Voraussicht nach der Kontakt mit Prostituierten verschwiegen.

Das Schreiben haben 16 Parlamentarier unterzeichnet, darunter die Gewerkschafterin Leni Breymaier (SPD), der Vizechef der Unionsfraktion und ehemalige Gesundheitsminister Hermann

²⁵ Vgl. das Bündnis Stop Sexkauf

²⁶ Pressemitteilung des Familienministeriums v. 27.3.2020

Gröhe (CDU) sowie der Mediziner Karl Lauterbach (SPD).

Überdies wollen die Politiker den Sexkauf grundsätzlich untersagen. Es handle sich in den meisten Fällen um eine menschenunwürdige, zerstörerische und frauenfeindliche Tätigkeit, zu der die Frauen gezwungen würden.

Die derzeitige Schließung der Prostitutionsstätten bestätige, dass die Frauen keine eigene Existenz hätten - keine Anmeldung, keine Wohnung und keine Krankenversicherung. Sie seien ihren Zuhältern ausgeliefert. "Diesen Frauen hilft nicht die Wiedereröffnung der Bordelle, sondern eine Ausbildung oder Tätigkeit in einem existenzsichernden Beruf", heißt es in dem Schreiben.

Die Gruppe empfiehlt den Ministerpräsidenten die Einführung von Ausstiegshilfen nach schwedischem Modell. Dieses sieht Sprachkurse für die - in Deutschland überwiegend aus Osteuropa stammenden - Prostituierten sowie Wohnung, Gesundheitsversorgung und Traumatherapie vor.

2. KRITISCHE SICHTWEISEN AUF DIE CORONA- SCHUTZMAßNAHMEN

Nicht wenige Menschen fragten sich, ob die Corona-Maßnahmen gerechtfertigt und angemessen, sowie mit unserem demokratischen Grundgesetz vereinbar waren. Nur wenige nahmen kritisch Stellung in der Öffentlichkeit und riskierten u.U. einen shitstorm²⁷ von Seiten derjenigen, die die gegenwärtige Entwicklung im Umgang mit dem

²⁷ Was die Schauspielerin und HartIV-Erfahrene Bettina Kenter erlebte, als sie kritische Artikel weiter leitete an Menschen, von denen sie gewohnt war, dass sie politische Maßnahmen hinterfragen.

Corona-Virus nicht hinterfragten. Die Medien schienen mehrheitlich ihre Rolle darin zu sehen, die ZuschauerInnen/LeserInnen einzuschwören auf Zustimmung und Einhaltung der von der Politik beschlossenen Maßnahmen. Täglich wurde während des Lockdowns nahezu auf allen Kanälen das gleiche zur Pandemie berichtet und die gleichen Bilder und Interviews zum Thema präsentiert und überlagerten alle anderen Themen. Die Bilder aus Krankenhäusern im italienischen Bergamo mit den überfüllten Behandlungssaalen und dem Abtransport der Toten erzeugten Angst und stärkten die Bereitschaft, die staatlich verordneten Maßnahmen einzuhalten. Doch eher im Hintergrund wurde die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Maßnahmen und die Aussagekraft der präsentierten Zahlen stark diskutiert und häufig in Zweifel gezogen.²⁸

Die **Verfassungsrechtlerin Jessica Hamed** z.B. beklagte, dass zur Durchsetzung der Verhaltensregeln in der Corona-Krise „nahezu in alle Freiheitsgrundrechte“ eingegriffen wurde und „kaum ein Grundrecht nicht massiv in seinem Kernbereich betroffen“ gewesen sei.²⁹ *Die diversen Ausgangsbeschränkungen werden...per Allgemeinverfügung unter Berufung auf §28 Infektionsschutzgesetz erlassen. Unter den wenigen JuristInnen, die sich dazu*

²⁸ S. z.B. eine Sammlung von Aussagen internationaler Experten: „75 Expertenstimmen zu Corona“

Auf: <http://blauerbote.com/2020/04/13/75-expertenstimmen-zu-corona/>

²⁹ Aus dem Interview von Katja Thorwarth mit Jessica Hamed in der Frankfurter Rundschau, 6.4.2020: Corona-Krise: ‚Risikogruppen haben nichts davon, wenn alle ‚weggesperrt‘ werden“.

geäußert haben, scheint man sich – völlig zu recht – mehrheitlich einig zu sein, dass diese allesamt rechtswidrig sind... Meines Erachtens (hätte) eine Klage gegen die Allgemeinverfügungen – oder gegen entsprechende darauf basierte Strafen oder Bußgelder – gute Aussichten auf Erfolg.“³⁰ Sie verwies auch auf eine Risikoanalyse, die das Robert-Koch-Institut bereits 2013 dem Bundestag vorgestellt hatte, in der die gegenwärtige Situation exakt beschrieben wurde. Dass die Regierung darauf nicht reagierte und Vorsorge getroffen hat, könne als „beispielloses Versagen“ des Staates bezeichnet werden.

Von der **Medizinjuristin Beate Bahner**³¹ wurde – neben zahlreichen Einzelklagen - die erste umfassende Klage im Eilverfahren dem Verfassungsgericht vorgelegt, die eine Aufhebung aller Einschränkungen verlangt, weil sie verfassungswidrig seien. Die Klage wurde aus formalen Gründen abgelehnt und eine in der Klageschrift enthaltene Aufforderung zu einer Demonstration gegen die Corona-Einschränkungen wurde möglicherweise zum Anlass genommen, sie unter fragwürdigen Bedingungen in Haft zu nehmen.³² Bahner beruft sich in ihrer Erklärung zur Klage auf ihre „berufsmäßige Pflicht zur verfassungsmäßigen Überprüfung“³³ der kritisierten Maßnahmen. Mit Bezug auf die Corona-Verordnung der Landesregierung Baden-Württemberg legte sie im Einzelnen dar, worin ein Verstoß

gegen fast alle Grund- und Freiheitsrechte bestehe“^{34, 35}.

Mittlerweile wurden die Forderungen nach Aufhebung der Maßnahmen auf breiterer Ebene lauter. Die erste Phase des Kontaktverbots war im ersten Schritt weitgehend akzeptiert oder hingenommen worden, doch die Vorstellung, die Einschränkungen würden noch längere Zeit andauern müssen, um die weitere Ausbreitung des Corona-Virus zu verhindern, ließ zunehmend Zweifel aufkommen über die reale Anzahl Infizierter, die Notwendigkeit und Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen sowie über die Aussagekraft der täglich mitgeteilten Zahlen der Infizierten, Genesenen und Verstorbenen. Da noch immer keine Tests an allen Menschen vorgesehen sind, muss die Aussagekraft dieser Zahlen vage bleiben, niemand kennt die tatsächliche Zahl Infizierter und Genesener, die sich an keine Institution gewandt haben. **Heribert Prantl**, der verlässliche Kritiker in der Medienlandschaft³⁶, klagte, der Virus habe nicht nur den Menschen, sondern auch den Rechtsstaat befallen: *“Die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger werden, wegen Corona, auf vorerst unabsehbare Zeit in bisher unvorstellbarer Weise beschnitten und aufgehoben – ohne großen gesetzgeberischen Aufwand, mit einem Fingerschnippen der Exekutive quasi. ... Wo ist das kritische Potential der Gesellschaft?”*

³⁰ Ebd.

³¹ ”

³² Vgl. Florian Rötzer: „Medizinrechtlerin, die gegen die Corona-Notstandsgesetz protestierte, in die Psychiatrie gesteckt“, 15.4.2020 auf Telepolis

³³ S. Erklärung Fn.19

11

³⁴ S. 3 ihrer Erklärung

³⁵ ebd. S.5

³⁶

https://www.rubikon.news/files/Feststellungsklage_Verwaltungsgericht_Mainz_270420.pdf

Jakob Augstein schrieb von einem „*Rausch des Notstands*“³⁷, wenn von Corona als der „*größten Bedrohung seit dem Krieg*“ gesprochen werde mit dem Ziel, „die Reihen zu schließen“ zur Akzeptanz der schweren Einschränkungen und des Verlustes „eines großen Teils unserer Bürgerrechte“. Er machte auf das Leid aufmerksam, das vielfach durch den Lockdown selbst entstanden sei: „*Wir alle sind Gefangene der Bilder aus der italienischen Stadt Bergamo: der Konvoi der Militärlaster, der gekommen ist, die Särge der Toten zu holen. Das Leid, das der Lockdown verursacht, ist schwerer abzubilden. Die Sprachlosigkeit der Einsamen, die Schmerzen der Opfer der häuslichen Gewalt, die Nöte der Arbeitslosen, die Angst der kleinen Selbstständigen und Unternehmer. Die Sozialmediziner könnten davon berichten. Aber im Moment ist ja nur die Stunde der Epidemiologen*“.

Weitere Klagen an Gerichte waren derweil noch unterwegs: z.B. wurden eine Feststellungsklage und ein Antrag auf einstweilige Anordnung am 27.4.2020 auf den Weg gebracht³⁸ „wegen: Feststellung der Unwirksamkeit von Vorschriften der Vierten Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz“. Auch eine Petition an die Bundesregierung fordert die Aufhebung der

³⁷ <https://digital.freitag.de/1520/rausch-des-notstands/>

³⁸ <http://www.openpetition.de/petition/online/sofortige-aufhebung-aller-in-der-corona-krise-verfuegten-einschraenkungen-buergerlicher-freiheiten>

³⁸ S. Florian Rötzer auf Telepolis

³⁸ s. Artikel im Stern v. 26.4.2020

Beschränkungen³⁹ und am 29.4.2020 kippte der saarländische Verwaltungsgerichtshof Ausgangsverbote.

Die Geduld in der Bevölkerung, die Corona-Schutzmaßnahmen zu akzeptieren, begann auf vielen Ebenen abzunehmen und nachdem der Bundestagspräsident Schäuble davor warnte, dem Schutz des Lebens alles unterzuordnen⁴⁰, ist er eine starke Stimme dafür, Kritik nicht zu unterdrücken. Er erinnerte daran, dass Art.1 des Grundgesetzes die Würde des Menschen an die erste Stelle setzt. Die Regierung dagegen warnte davor, die mittlerweile erfolgten Lockerungen der Maßnahmen zu weitgehend auszulegen und damit eine neue Welle von Infektionen auszulösen. Doch seit der Lockerung ändert sich allmählich auch die Berichterstattung in den Medien, häufiger als in der Anfangszeit der Einschränkungen werden auch kritische Beiträge oder Kommentare gebracht. Eine starke Kritik richtet sich z.B. dagegen, dass der Gesundheitsminister ermächtigt wurde, ohne Rücksprache mit dem Parlament Maßnahmen zu erlassen oder zu ändern⁴¹.

³⁹

<http://www.openpetition.de/petition/online/sofortige-aufhebung-aller-in-der-corona-krise-verfuegten-einschraenkungen-buergerlicher-freiheiten>

³⁴³⁹ Diese Aussage wurden sofort auf allen Sendern und Diskussionen eingeblendet
³⁵Vgl. u.a. Verfassungsrechtler Christoph Möllers in: Corona-Regelungen der Regierung.
³⁶. Verfassungsrechtler schlagen Alarm, am 30.3.2020 auf focus-online³⁶⁴⁰ Vgl. Markus Sehl: Nach Teilerfolg beim BVerfG: Stadt Gießen erlaubt Demo mit Auflagen, 16.4.2020 auf LTO, LegalTribuneOnline.

Die Regierung braucht eine neue Strategie, die Bevölkerung von den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu überzeugen und auf die vorhandene Kritik einzugehen, nicht nur dann, wenn sie bereits mit einer Vielzahl von Klagen dazu gezwungen wird. Am Beispiel des Demonstrationsrechts kann nachvollzogen werden, wie eine Veränderung durchgesetzt wurde: Schritt 1: eine Demonstration gegen die Maßnahmen gegen Corona wurde organisiert unter Einhaltung der Schutzvorschriften (Masken und Abstandsregeln) und Vermittlung der Forderungen auf Schildern, Schritt 2: Die Polizei schritt sofort ein und löste die Demo auf unter Berufung auf das Versammlungsverbot der Corona-Bekämpfungsregeln. Schritt 3: Thomas Prudlo von der ÖDP ging den (langen) formalen Weg: Anmeldung der Demo beim Kreisverwaltungsreferat München, erwartete Ablehnung und Gang zum Verwaltungsgericht, die die Stadt aufforderte die Demo zu ermöglichen, diese jedoch legte Beschwerde beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof ein, der sie jedoch zurückwies und damit konnte die Demo stattfinden. Noch krasser verlief es in Gießen⁴²: Anmeldeversuch am 4.4.2020 unter Angabe aller derzeitigen Sicherheitsvorgaben, die Stadt lehnte ab, weil das Vorhaben eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und die öffentliche Ordnung sei. Widerspruch bei der Behörde und Anträge auf Eilrechtsschutz beim Verwaltungsgericht Gießen und beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof blieben erfolglos, schließlich Antrag auf Eilrechtsschutz beim Bundesverfassungsgericht und erst hier Er-

folg: am 16.4. wurde die Demo unter Auflagen zugelassen- schwer erkämpft: Stadt, Polizei und die lokalen Gerichte mussten dazu lernen⁴³, dass die demokratischen Regeln wieder eingefordert werden und weitere Demonstrationen fanden statt⁴⁴. Doch: muss erst der (große) Aufwand von Klagen betrieben werden, statt dass die Regierung sich selber verantwortlich dafür fühlt, demokratische Rechte zu wahren und einseht, dass manche Maßnahmen zu weit und sinnlos in die Grundrechte eingreift? Kann sie nicht stolz darauf sein, mit einem Protestpotential in der Bevölkerung rechnen zu können, wenn das Parlament versagt?

Die Regierung hat offenbar verstanden, dass sie jetzt kooperativ sein muss, denn autoritär anmutende Verfügungen wecken automatisch Protest bei politisch wachen und aktiven Teilen der Bevölkerung und das sind glücklicherweise viele und die melden sich zur Zeit aus allen gesellschaftlichen Bereichen zu Wort (s.o.).

Die Glaubwürdigkeit der Regierung und des Gesundheitsministers schwindet, die anfängliche Angststarre angesichts der schrecklichen Bilder aus den Krankenhäusern in Bergamo lässt nach. Die ständige Aufforderung, um die Alten und Kranken vor Corona zu schützen, massive Einschränkungen der Grund-

⁴³ Was dringend notwendig war angesichts von mehreren Vorkommnissen, von denen Ralf Hutter am 10. April berichtet: "Absurde Polizeibe-fugnisse aufgrund von angeblichem Infektions-schutz", auf Telepolis

⁴⁴ Vgl. Stephan Handl: Demo erlaubt: Grund-rechte zurückgeholt" SZ, 17.4.2020. „ÖDP setzt sich gegen die Stadt durch

³¹<https://heribertprantl.de/prantls-blick/wie-lange-noch-corona-der-notstand-und-die-noete-der-not/> am 5.4.2020

rechte zu dulden, hat keine Überzeugungskraft mehr seit den massiven Infektionen in den Pflegeheimen, wo sich eben bekanntlich viele alte Menschen befinden, was offensichtlich dem Gesundheitsminister entgangen war, denn keinerlei Schutzmaßnahmen für das Pflegepersonal und die BewohnerInnen waren ergriffen worden: ein Skandal! Die Frage wird nun auch diskutiert, ob es überhaupt gerechtfertigt ist, die ganze Nation in einen Ausnahmezustand zu versetzen, einen immensen wirtschaftlichen Schaden zu verursachen und die Existenzen von Millionen Menschen zu vernichten⁴⁵. Schäuble gab den Startschuss, diese Frage zu stellen⁴⁶. Den 3. Punkt macht der zunehmende Zweifel an den täglich vermittelten Zahlen Infizierter, Genesener und Gestorbener aus, die nicht wirklich nachvollziehbar sind und z.B. durch die Tatsache, dass immer noch viel zu wenig getestet wurde, um valide Zahlen zu bekommen, nicht mehr überzeugen. Es ist Zeit, den Menschen die Eigenverantwortung zurückzugeben und sie ihnen zuzutrauen.

Die Regierung lenkte inzwischen ein, die Bundesländer begannen mit den ersten Lockerungen mit der Maßgabe, diese bei deutlicher Erhöhung der Infektionen wieder einzuschränken. Die Angst vor dem Virus hat an Wirkung verloren, nur das Robert-Koch-Institut warnt weiter, eine 2. Welle der Pandemie werde sicher kommen⁴⁷. Doch die Stimme der Virologen ist geschwächt, eine Impfung wird geplant und gegen

eine befürchtete Zwangsimpfung positioniert sich bereits Widerstand, die Regierung versichert, sie sei nicht geplant. Inzwischen sind die Infektionen wieder gestiegen, da in allen Bundesländern von den Gesundheitsämtern bekannte Fälle systematisch mit Nachdruck verfolgt werden und die Impfungen endlich umfassender werden, um allmählich zu einem realen Bild der Infektionen zu gelangen. Einer kritischen Sicht wird weiterhin wachsender Raum in den Medien gegeben. Bei „Anne Will“ warnen ExpertInnen, die derzeitigen Demonstrationen zu stark rechten Strömungen zuzurechnen, statt zu erkennen, dass umgekehrt Ängste in der Bevölkerung von Rechten für ihre Zwecke benutzt werden⁴⁸. Es sei umgekehrt notwendig, auf die berechtigten Ängste vor den längerfristigen Folgen des Lockdowns einzugehen.

Verwendete Quellen:

Augstein, Jakob: Rausch des Notstands, auf: Freitag digital 15/2020
Bahner, Beate: Erklärung, warum der Shutdown verfassungswidrig ist und warum dies der größte Rechtsskandal ist, den die Bundesrepublik Deutschland je erlebt hat“, vom 7.4.2020
BFF(Bundesverband der Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen): Gemeinsames Statement zur Coronakrise: Wenn das Zuhause kein sicherer Ort ist, 19.03.2020 auf: www.bff.de
Combs, Sydney: June Almeida discovered coronavirus decades ago, but got little recognition, auf www.nationalgeographic.com

⁴⁵ Z.B. die Diskussion bei Maischberger am 29.4.2020

⁴⁶ Schäuble: Schutz von Leben nicht alles unterordnen, auf stern.de v. 26.4.2020

⁴⁷ ARD Nachrichten am 6.5.2020

⁴⁸ Auf der Talkshow „Anne Will“ am 17.5.2020, auf der zu Wort kamen: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Heiner Lauterbach, Sarah Wagenknecht und Bernhard Pörksen.

Frasl, Beatrice: Warum die Corona-Krise ein feministisches Thema ist, auf editionF, am 13.3.2020

Greif, Ingrid: direkt aus der Klinik <https://www.bedeutungonline.de/was-bedeutet-systemrelevant-bedeutung-definition-berufe>

Heiliger, Anita: „Die Täter strafrechtlich in die Verantwortung nehmen und konsequent Primärprävention betreiben!“, in: Kofra 164/2019

Habermehl, Axel: Unter den Bürgern regt sich Widerstand gegen die Corona-Verordnung, in: Heidenheimer Zeitung am 10.4.2020

Handel, Stefan: Demo erlaubt: Grundrechte zurückgeholt, SZ 17.4.2020

Hutter, Ralf: „Absurde Polizeibefugnisse aufgrund von angeblichem Infektionsschutz“, am 10.4.2020 auf Telepolis

Jahoda Marinic: Zeit für Protest, Süddeutsche Zeitung v. 17.4.2020

Kaiser, Mareice: Warum Frauen gerade nicht gefragt sind, 2.4.2020 auf editionF <http://www.openpetition.de/petition/online/sofortige-aufhebung-aller-in-der-corona-krise-verfuegten-einschraenkungen-buergerlicher-freiheiten>

Langowski, Judith/Helena Piontek: „Häusliche Gewalt in der Corona-Krise: wenn die Kontaktsperre lebensgefährlich wird“, in: Der Tagesspiegel 3.3.2020

Möllers, Christoph in: Corona-Regelungen der Regierung. 36 Verfassungsrechtler schlagen Alarm, am 30.3.2020 auf focus-online

Pressemitteilungen der Familienministerin Giffey vom 26.3. und 3.4.2020

Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 9.4.2020

Pressemitteilung der Initiative Fair für Kinder und der MIA - Mütterinitiative für Alleinerziehende vom 3.4.2020

Prosinger, Jutta: „Berliner Krankenpflegerin klagt an: euren Applaus könnt ihr

euch sonstwohin stecken“, auf <http://tagespiegel.de>, vom 28.3.2020:

Rennefanz, Sabine: : Home-Office: Schreiende Mütter, MMA, 29.3.2020

Rötzer, Florian: „Medizinrechtlerin, die gegen die Corona-Notstandsgesetz protestierte, in die Psychiatrie gesteckt“, 15.4.2020 auf Telepolis

Prantl, Heribert: wie lange noch...? <https://heribertprantl.de/prantls-blick/wie-lange-noch-corona-der-notstand-und-die-noete-der-not/> am 5.4.2020

Ross, Annika: „Gefahr für Gleichberechtigung. Durch die Corona-Krise zurück in das Rollenmodell der 50er Jahre?“ auf emmaonline am 26.3.2020

Sehl, Markus: Nach Teilerfolg beim BVerfG: Stadt Gießen erlaubt Demo mit Auflagen, 16.4.2020 auf LTO, LegalTribuneOnline

Thorwarth; Katja: Corona-Krise: ‚Risikogruppen haben nichts davon, wenn alle ‚weggesperrt‘ werden‘ Interview mit Jessica Hamed in der Frankfurter Rundschau, 6.4.2020.

„75 Expertenstimmen zu Corona“, auf: <http://blauerbote.com/2020/04/13/75-expertenstimmen-zu-corona/>

WEITERE BEITRÄGE

JUNE ALMEIDA: SIE ENTDECKTE CORONAVIREN VOR JAHRZEHTEN. ANERKENNUNG BEKAM SIE KAUM.⁴⁹

June Almeida wird endlich als Pionierin in der Wissenschaft für ihren Durchbruch in der Virenforschung anerkannt, den sie vor einem halben Jahrhundert ermöglichte.

⁴⁹ Von Sydney Combs, 17.04.2020
Übersetzung: Inge Kleine

Als June Almeida 1964 in ihr Elektronenmikroskop blickte, sah sie einen runden, grauen Punkt, der mit winzigen Stacheln übersät war. Sie und ihre KollegInnen bemerkten, dass diese Stacheln einen Kranz um das Virus bildeten – so wie der Strahlenkranz, die Corona, der Sonne.

Was sie sah, sollte später als Coronavirus bekannt werden, und Almeida spielte eine entscheidende Rolle in seiner Identifikation. Diese Leistung ist umso bemerkenswerter als die damals 34-jährige Wissenschaftlerin keinen formalen Bildungsabschluss hatte.

Als June Hart geboren, lebte sie mit ihrer Familie in einem Mietshaus in Glasgow, wo ihr Vater als Busfahrer arbeitete. June war eine intelligente Schülerin mit dem Ehrgeiz, eine Universität zu besuchen, aber das Geld war knapp. Mit 16 verließ sie die Schule ohne Abschluss und begann an der Glasgow Royal Infirmary als Labortechnikerin zu arbeiten, wo sie mit Mikroskopen bei der Analyse von Gewebeproben half.

Nachdem sie in London am St. Bartholomew Krankenhaus einen ähnlichen Job angenommen hatte, traf sie den Mann, den sie später heiratete, den Künstler Enriques Almeida aus Venezuela. Das Paar wanderte nach Kanada aus und June bekam eine Stelle am Ontario Cancer Institute, einem Krebsforschungsinstitut in Toronto, auf der sie mit Elektronenmikroskopen arbeitete. Hier entwickelte sie neue Techniken dazu und veröffentlichte mehrere Artikel, in denen sie den Aufbau bisher noch nicht gesehener Viren beschrieb.

Eine neue Betrachtung von Mikroskopen

Die Mikroskoptechnik, die Almeida entwickelte, war einfach, aber dennoch für die Virenforschung revolutionär.

Bei der Arbeit mit mikroskopisch kleinen Teilchen ist es schwer zu wissen, was genau gesucht wird. Ein Elektronenmikroskop wirft einen Strahl aus Elektronen auf eine Probe und zeichnet dann die Interaktion des Strahls mit deren Oberfläche auf. Da die Wellenlänge von Elektronen sehr viel kürzer ist als die von Licht, ergibt sie für die Wissenschaft viel kleinteiligere, präzisere Bilder. Die Herausforderung liegt darin zu erkennen, ob ein winziger Fleck ein Virus, eine Zelle oder etwas anderes ist.

Almeida fand einen Weg, dieses Problem zu lösen. Sie erkannte, dass sie die Antikörper von früher infizierten Individuen nutzen konnte, um das Virus in den Proben genau zu orten. Antikörper werden von den ihnen entsprechenden Genen (Antigenen) angezogen. Als Almeida winzige Teilchen mit einer Ummantelung aus Antikörpern dazugab, sammelten diese sich daher um das Virus und machten sie damit auf das Virus in der Probe aufmerksam. Diese Technik ermöglichte es, in der klinischen Forschung Vireninfektionen bei PatientInnen zu diagnostizieren.

Almeida erfasste daraufhin eine Menge weiterer Viren, darunter die Röteln auslösenden Rubella, die während der Schwangerschaft zu Komplikationen führen können. WissenschaftlerInnen hatten Röteln seit Jahrzehnten er-

forscht, aber Almeida war die erste, die das Virus sah.

Die Entdeckung des Corona Virus.

Als ihre Fertigkeiten immer mehr Anerkennung fanden, kehrte Almeida für eine Stelle an der St. Thomas's Hospital Medical School nach London zurück. Dort trat Dr. David Tyrrell, Leiter der Forschung zu Erkältungskrankheiten in der Common Cold Unit, Salisbury, Wiltshire, mit ihr in Kontakt. Sein Team hatte Proben eines grippeähnlichen Virus, den es B814 nannte, über einen erkrankten Jungen in Surrey gesammelt, hatte aber erhebliche Schwierigkeiten damit, die Viren im Labor zu kultivieren. Da die üblichen Methoden fehlschlügen, begannen die Forschenden zu vermuten, dass es sich bei B814 um einen neuen Typus eines Virus handelte.

Mit wenigen verbliebenen Forschungsmöglichkeiten schickte Tyrrell Proben an Almeida in der Hoffnung, dass ihre Methode am Mikroskop das Virus bestimmen könnte. „Wir machten uns keine allzu großen Hoffnungen, aber dachten, dass es einen Versuch wert sei.“ Schrieb Tyrrell in seinem Buch *Cold Wars: The Fight Against the Common Cold* (Kalte Kriege: Der Kampf gegen einfache Erkältungen).

Obwohl Almeidas Arbeitsmaterial begrenzt war, übertrafen ihre Entdeckungen Tyrrells kühnsten Hoffnungen. Almeida fand nicht nur das Virus und schuf klare Abbildungen davon, sie erinnerte sich auch daran, dass sie bereits früher in ihren Forschungen zwei ähnliche Viren gesehen hatte: Einen, als es um Bronchitis in Hühnern ging und einen, als sie Leberentzündungen

bei Hepatitis bei Mäusen untersucht hatte. Sie hatte zu beiden einen Artikel geschrieben, der allerdings zur Veröffentlichung abgelehnt worden war. RezensentInnen dachten, dass es sich bei den Bildern nur um solche mit schlechter Qualität von Grippeviren oder Partikeln davon handelte. Mit Tyrrells Proben war sich Almeida sicher, dass sie hier eine neue Gruppe von Viren vor sich hatten.

Als sich Almeida, Tyrrell und Almeidas Vorgesetzter zur Besprechung dieser Entdeckungen trafen, überlegten sie sich, wie sie diese neue Virengruppe nennen sollten. Nach der Betrachtung der Bilder ließen sie sich von der kranzartigen Struktur inspirieren und entschieden sich für das lateinische Wort für Krone, *corona*.

Neue Ziele

Almeida ging 1985 in Rente, blieb aber aktiv und neugierig. Sie wurde Yogalehrerin, lernte, wie Porzellanware restauriert wird und entwickelte einen scharfen Blick für Antiquitäten, nach denen sie sich mit ihrem zweiten Ehemann Phillip Gardner, ebenfalls ein ehemaliger Virologe, oft umsah.

Vor ihrem Tod 2007 im Alter von 77 Jahren kehrte Almeida in beratender Funktion an das St. Thomas's Hospital zurück und trug zur Veröffentlichung einiger der ersten qualitativ hochwertigen Bilder von HIV, dem Virus, das Aids verursacht, bei.

Hugh Pennington, emeritierter Professor der Bakteriologie an der University of Aberdeen, arbeitete mit Almeida am St. Thomas und beschreibt sie als seine Mentorin. „Sie ist ohne Zweifel eine

der herausragenden schottischen WissenschaftlerInnen ihrer Generation, aber traurigerweise weitgehend vergessen.“, so Pennington in einem Interview mit The Herald. „Ironischerweise hat der jetzige Ausbruch von Covid-19 wieder ein Licht auf ihre Arbeit geworfen.“

Heute verwenden Forschende immer noch ihre Methode um schnell und präzise Viren zu bestimmen. 56 Jahre nachdem sie das erste Mal ein Coronavirus durch ein Mikroskop sah, ist Almeida Arbeit relevanter denn je.

3.2. Corona: Nun steht Armut auf dem Spielplan⁵⁰

Bettina Kenter-Götte, SchauspielerIn

Tausende von SchauspielerInnen stehen vor dem Nichts; haben keine Möglichkeit mehr, auch nur einen Cent zu verdienen, denn auch die Nebenjobs fallen weg, Bettenmachen im Hotel, Workshops, Unterrichten, Kellnern. Nun zeigt sich, was so lange so sorgsam versteckt wurde. Dass die meisten kaum für sechs Wochen Rücklagen haben. Dass viele schon jetzt nicht mehr wissen, wie sie die nächste Miete zahlen sollen. „Soforthilfe“, zumindest in Bayern, ja.

Aber wie lange reicht die? Und wie lange wird „Corona“ dauern? Und wie viele Theater, Kleintheater, Filmproduktionen und Synchronstudios wird es nach Corona noch geben?

⁵⁰ Auszug aus dem gleichnamigen Artikel in der Jungen Welt am 31.3.2020, mit der Genehmigung der Autorin

Schon immer war der Boden, auf dem wir "Freien" uns bewegen, dünn. Nun ist die kollektive Katastrophe da. Und sie trifft, wie immer und überall, die Frauen am härtesten.

Dass sich die Coronakrise jetzt so verheerend auf die (Solo-) Selbstständigen und „Unständigen“ auswirkt, liegt auch an der langjährigen Entsozialisierung der Branche; liegt auch an der Agenda 2010 mit ihrem Herz(los)stück "Hartz IV".

Anspruch auf "Arbeitslosengeld" konnte kaum jemals jemand von uns erwerben. Doch bis 2004 gab es die "Arbeitslosenhilfe". Damit konnten wir berufliche und gesundheitliche Krisen einigermaßen überstehen. Mit „Hartz IV“ wurde die Arbeitslosenhilfe abgeschafft. Seitdem bleibt den Vogelfreien nur noch Arbeitslosengeld II, kurz ALG II, besser bekannt als "Hartz IV". Wer damit in Verbindung gebracht wird, ist z.B. bei Castern unten durch; zumindest war das bis zur Coronakrise so, denn „Hartz IV“ war von Anfang an diskreditiert als Almosen für unwürdige Schwachmaten. Die "Arbeitslosenhilfe" galt als Lohnersatzleistung. Die Leistung und die Grenzen für Hinzuverdienst und Rücklagen („Schonvermögen“) waren bedeutend höher als bei Hartz IV. Und vor allem: Es wurden Rentenbeiträge gezahlt. Dies ist nun nicht mehr der Fall. Seit 2011 gelten ALG-II-Bezugszeiten nicht mehr als Rentenanwartschaftszeiten. Das heißt: Wer mehrere Jahre auf Grundsicherung angewiesen ist, wird wohl auch in der Altersarmut landen.

Zigtausende von uns werden demnächst einen "Antrag auf Grundsicherung" stellen müssen. Der Bundesmi-

nister für Arbeit und Soziales stellte „vereinfachte Antragsformulare“ für die Zeit der Krise in Aussicht. Doch der Antrag, mit Anlagen, umfasst nach wie vor mehr als 50 Seiten⁵¹ mit Video Hartz IV Antragstellung⁵². Der monatliche Hartz-IV-Satz beträgt derzeit 432 Euro. Das Überlebensminimum darf bei Unbotmäßigkeit noch immer gekürzt werden; um maximal 30 Prozent. Dann bleiben 302,40. In meinem Landkreis müssen 9,9 Prozent der Betroffenen aus dem "Eckregelsatz" noch 164 Euro für die Miete abzwacken, die als „nicht angemessen“ gilt (obwohl günstigere Wohnungen nicht zu finden sind). Da bleiben dann noch 138,40 Euro im Monat zum Leben. Flaschensammeln? Geht nicht mehr. Und die "Armentafel"? Die Restetische der Nation sind schon geschlossen. Zu gefährlich. Und Corona-Hamsterkäufe führten zu Spendenmangel.

Laut der Malisa-Studie der Kollegin Furtwängler konnten schon vor Corona nur ganze 2 Prozent der Schauspielenden dauerhaft von diesem Beruf leben. Nun gerät die bislang gut versteckte Armut zum GAU. Fünf Millionen Selbstständige, zwei Millionen Soloselbstständige in Deutschland, darunter viele aus dem künstlerischen Bereich, stehen vor dem Nichts.

Warum haben so viele in unserer Branche so lange geschwiegen?

Zu groß war die (berechtigte!) Angst vor Image- und Jobverlust, vor dem Gang zum Jobcenter, vor unsinnigen "Maßnahmen" und vor der mittelalterlichen Hungerstrafe namens "Sanktion". Wer

⁵¹ <https://www.sueddeutsche.de/kultur/corona-grundsicherung-kuenstler-1.4856790>

⁵²<https://www.youtube.com/watch?v=wX2lqMVv6wQ>

mitten im Beruf stand und Familie zu ernähren hatte, konnte es sich kaum leisten, den Mund aufmachen. Anderen war es wichtiger, das eigene Schäfchen ins Trockene zu bringen und den schönen Schein aufrecht zu erhalten. Roter Teppich, Bussibussi, Promi-Postie vorm Obdachlosenlager. Nur ein #metoo-Selfie vorm Jobcenter, das fand sich nicht auf Instagram. Zu viele, die die Möglichkeit gehabt hätten, zu sagen, wie katastrophal es für die meisten von uns schon lange war, haben geschwiegen – nicht nur zu sexuellen Übergriffen, sondern auch zu der seit langem grassierenden Armut.

Wir brauchen auch ein #metoo der armutsbetroffenen Freien, vor allem der Frauen, damit klar wird, wie viele wie schwer betroffen sind.

„Das Schweigen ist ein Luxus, den wir uns nicht mehr leisten können“, sagte Roberto Saviano vor zwei Jahren in einem Aufruf an Intellektuelle und Kulturschaffende. Es wurde weiter geschwiegen; nicht nur in Italien.

Nun hat die Coronakrise die Armut auf den Spielplan gesetzt.

3.3. „Ich empfinde das als aktive Sterbehilfe“

Von Renan Demirkan ⁵³

„Lieber Herr Laschet, vorab möchte ich mich als Bürgerin dieser Republik und des Landes NRW für das tief humane Seuchenmanagement bedanken. Deutschland hat gezeigt, dass Humanität im Bewusstsein der Politiker und Politikerinnen wie auch der Bürger und Bürgerinnen Priorität hat. Ich bin sehr

⁵³ am 04.05.20, 03:00 Uhr im Kölner Stadtanzeiger

dankbar dafür, dass ich in diesem Land leben darf. Und Ihnen persönlich danke ich auch für Ihre Sprache, die nie aufwiegelt, keine Angst schürt und – für mich ganz besonders wichtig – nie tendenziös ist.

Die aktuelle Ausnahmesituation ist für alle extrem belastend. So richtig es ist, dass die Dienstleister in unserer Gesellschaft endlich gewürdigt werden – hoffentlich auch sehr bald würdig entlohnt sind –, so ergibt es demgegenüber überhaupt keinen Sinn, andere Berufsgruppen und Altersgruppen zu ignorieren, zu stigmatisieren – oder sogar zu eliminieren.

Ja, Sie haben richtig gelesen: eliminieren! In dieser Woche kam eine Nachricht von meiner Agentin, dass über 60-Jährige aus Drehbüchern herausgeschrieben würden. Bereits besetzte ältere Schauspielerinnen und Schauspieler erhielten Absagen, weil sie in die Corona-Risikogruppe fallen. So schrumpfen TV- und Film-Produktionen die Ensembles gerade auf „jung“ zusammen. Viele Filmprojekte werden gecancelt. Normalerweise gibt es dafür Versicherungen. Doch bislang weigern sich die Versicherer, die Corona-Pandemie als Ausfallgrund anzuerkennen. So bleiben die Produzenten auf ihren – wie Sie wissen – extrem hohen Kosten sitzen. Deshalb besetzen sie keinen mehr aus der Risikogruppe.

Nach einem Tag Schockstarre habe ich das ZDF und den WDR angeschrieben und auch den Deutschen Kulturrat, dass dieses Thema dringend auf die kulturpolitische Agenda kommen müsse. Während Alexander Bickel, Leiter

des Programmbereichs Fernsehfilm, Kino und Serie beim WDR, mir antwortete, derartige Vorgaben gebe es bei seinem Sender nicht, habe ich vom Castingchef des ZDF, Michael Ludwig, erfahren, dass dort zwar niemand herausgeschrieben werde, dass die Drehtage aber sehr wohl auf das Notwendigste reduziert würden. Im Versicherungsfall werde das ZDF sich mit 50 Prozent an den Ausfallkosten beteiligen. Was großartig ist. Aber nicht genug.

Bis Ende des Jahres werde ich – trotz meiner drei Berufe – kein Einkommen haben. Theater sind geschlossen, die Lesungen abgesagt, der Unterricht auf unbestimmte Zeit verschoben. Das alles hatte ich für mich schon irgendwie sortiert. Aber diese neue schlechte Nachricht nimmt mir nun tatsächlich jede Zuversicht und – vor allem – in einem ungekannten Maß den Halt im Leben und den Glauben daran, dass es irgendwie schon gut werden wird! Jetzt fühle ich mich nicht nur „nicht systemrelevant“, sondern schlicht systemirrelevant und – überflüssig.

Es wird nicht gut werden. Jedenfalls nicht so und nicht für mich und all die anderen, die 60 und älter sind. Ich habe kein Interesse an Skandalisierung. Ich möchte vielmehr für ein Problem sensibilisieren, das ja nicht nur „ein paar Alte“, betrifft, sondern der ganzen Generation der vor 1960 Geborenen durch pandemische Stille in den Studios den Garaus zu machen droht. Deshalb bitte ich Sie: Intervenieren Sie bei den Versicherungen – mit dem Ziel der Sicherheit für eine ganze Berufsgruppe!

Ich bin mir nicht sicher, ob sich Nichtkünstler ein Künstlerleben wirklich vorstellen können. Ob auf der Bühne oder auf der Leinwand; ob in Büchern oder Bildern; ob als Musiker oder Komponisten: Das, was wir tun, das sind wir – uneingeschränkt und ohne Altersgrenze! Wenn ich nun nicht mehr sein darf, was ich bin, weil ich im Sommer 65 werde, dann ist das weit mehr als „nur“ Betätigungs- oder Einkommensverlust, mehr als Demütigung und Isolation: Ich empfinde es als aktive Sterbehilfe, wenn ich auf das pure Überleben reduziert werden soll.

Das Coronavirus wird sicher noch viel mehr verändern, als es bereits getan hat. Viele Kolleginnen und Kollegen setzen auf Online-Formate. Ich aber habe mich mit der virtuellen (Selbst-)Darstellung nicht anfreunden können, weil Kunst für mich immer ein physisches Erlebnis aller Beteiligten voraussetzt. Wir brauchen „das Weiß im Auge des Gegenübers“, um Emotionen und Inhalte nachhaltig speichern und vermitteln zu können. Das sagt schon die Primatenforschung. Was bedeutet: In der analogen Kommunikation werden wir zu gemeinsamen Zeitzeugen und zu Verbündeten in einer gemeinsamen ästhetischen und physischen Resonanz-Sphäre. Auch genannt: Kulturraum! Und den ersetzt keine virtuelle Schaltkonferenz.

Wie wird es für uns weitergehen? Wird eine „Corona-Selektion“ Menschen ab 60 – Künstler, Kreative – in Reservate umsiedeln? In dem Fiction-Film „Soylent Green“ von 1973 wurden öffentliche Tötungsanstalten eingerichtet. Weil die Lebensmittelvorräte zur Neige gingen, wurden alte Menschen zu grünen

Chips verarbeitet und als Nahrung verteilt. Solch einen Horror müssen wir hoffentlich nie befürchten. Aber dennoch: Irgendwer muss die Fragen meiner Generation beantworten. Ich brauche – wir brauchen – wieder Zuversicht, Halt und eine Perspektive. Können Sie uns diese bitte geben? Mit besten Wünschen für Ihre Gesundheit!

Renan Demirkan, geb. 1955, ist Schriftstellerin und Schauspielerin. Sie ist Mitglied des P.E.N.-Zentrums Deutschland und des Bundesverbands Schauspiel (BFFS)

FORDERUNGEN

4. Protest der Krankenpflegerinnen gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen in der Corona-Krise und darüber hinaus

4.1. Ein Gruß direkt aus der Klinik von Ingrid Greif

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde

...Bei uns herrscht der Ausnahmezustand, wie Ihr Euch sicher vorstellen könnt. Wir Betriebsräte haben uns zum Teil in unsere Klinik-Abteilungen zurückgemeldet und versuchen nun, unsere Dienste zu kombinieren mit der Betriebsratsarbeit. Und auch dort herrscht Ausnahmezustand, es wird sich seitens der Klinikleitung so gut wie an kein Gesetz mehr gehalten.

Nun werden wir ja als die Held*innen der Nation gefeiert und von den Balkonen beklatscht, das ist falsch.

Wir sind eigentlich zu Superheld*innen aufgestiegen, denn nur so lässt es sich erklären, dass wir ohne ausreichende Schutzkleidung die Patient*innen betreuen können.

Wir sind Superheld*innen, weil wir uns zerteilen können, nur so lässt es sich erklären, wie demnächst all die vielen Beatmungsgeräte bedient werden und vor allem die beatmeten Patient*innen versorgt werden können mit dem wenigen Personal, das am Start ist.

Es wird von uns automatisch erwartet, dass wir jetzt einfach da sind und zu allem bereit sind. Auf Zuruf auf anderen Stationen, in anderen Häusern zu arbeiten - egal ob wir uns da auskennen oder nicht, 12-Stundenschichten fahren (und das unter den erschwerten Bedingungen mit Maske und Schutzanzügen), den Urlaub sperren lassen, nach Hause gehen, wenn gerade mal weniger zu tun ist, aber auf Abruf sofort zu Hause alles liegen und stehen lassen und in die Klinik zu eilen.

Als Wertschätzung für diese Arbeit bekommen wir ab Mittwoch:

Das Kantinenessen umsonst. Na danke schön!

Wir haben unseren Humor nicht verloren, es wird weiter viel gelacht und je schlimmer es wird, umso mehr lachen wir. Das ist so und das hält uns.

Aber auch wir machen uns Sorgen - um unsere Gesundheit, unsere Angehörigen, denen wir die vielleicht die Krankheit nach Hause bringen. Sorgen darum, wie es sein wird, wenn unsere Kliniken volllaufen und wir die Versorgung gar nicht mehr hinbekommen, Ja, und wir haben unendlich Angst vor einer Situation, wie sie in anderen Ländern schon da ist, nämlich dass entschieden werden muss, wer an die Maschine darf und wer mit Opiaten beim Sterben begleitet wird. All das beschäftigt uns und quält uns.

Aber wir können und wollen nicht dabei stehen bleiben.

Deswegen wenden wir uns an Euch, sagt es Allen:

Hört endlich auf zu klatschen, sondern hängt Transparente und Schil-

der für unsere Forderungen aus Euren Fenstern und Balkonen!

Wir fordern:

Erschwerniszulagen für alle Beschäftigten in den Krankenhäusern von mindestens 500 Euro!

Rücknahme aller Privatisierungen im Gesundheitswesen!

Privatisierung ist Raub und Mord!

Verbreitet diese Aufforderung und lasst uns München schmücken!

Fotografiert Eure Balkone und schickt die Fotos - wir verbreiten Sie unter den Kolleg*innen.

Das ist besser als jeder Kuchen, jede Pizza.

Mit den besten Grüßen

Ingrid Greif

4.2. Aufruf von Ingrid Greif

All jenen, die sich jetzt bedanken bei uns, dem Krankenhauspersonal, die uns jetzt loben und beklatschen, möchte ich sagen: ja freut uns! Aber was wir von Euch allen wirklich brauchen ist, dass Ihr Euch an unsere Seite stellt, im Kampf gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens, im Kampf dagegen, dass unsere Krankenkassengelder den vielen Beraterfirmen, der Pharmaindustrie und den Profiteuren der Privatkrankenhäuser in den Rachen geworfen werden, anstatt in unsere Gesundheitsversorgung. Wer es uns bis jetzt nicht geglaubt hat, der sieht es jetzt: Privatisierung tötet. Privatisierung sorgt dafür, dass die kommunalen Häuser in einen Konkurrenzkampf getrieben werden, den sie nicht überstehen können. Und mit ihnen wir das Personal. Auf unserem Rücken wird das seit Jahren ausgetragen. Seit Jahren weiß es doch jede/r: wir sind am Ende unse-

rer Kräfte, wir können schon lange nicht mehr unsere PatientInnen – also Euch alle – so versorgen, wie wir es gelernt haben. Jetzt gibt es für uns nicht einmal mehr genug Schutzkleidung.

Wir wissen, dass für uns die nächsten Wochen und Monate das Arbeitszeitgesetz, der Gesundheitsschutz keine Gültigkeit haben wird.

Deswegen: liebe KollegInnen von BMW und MAN, von EDEKA und REWE, liebe LehrerInnen und BusfahrerInnen, liebe KollegInnen von der Post und von allen anderen Betrieben, stellt Euch an unserer Seite, lasst uns gemeinsam für ein gutes Gesundheitssystem streiken, denn Kundgebungen, Appelle, Petitionen gab es die letzten Jahre zu Genüge, das Ergebnis können jetzt alle sehen.

Lasst uns aufhören an den Symptomen herumzudoktern, lasst uns das Übel an den Wurzeln packen: die Privatisierung!

4.3. Berliner Krankenpflegerin klagt an: „Euren Applaus könnt ihr euch sonstwohin stecken“⁵⁴

„Der Pflegenotstand ist ja seit Jahren bekannt. Es gab Berichte, Talkshowdiskussionen, passiert ist nix. ... Insofern bin ich mir nicht so sicher, ob sich durch die Coronakrise für meine Berufsgruppe langfristig was ändert. Wenn ihr uns helfen wollt, dann klatscht nicht, singt nicht, unterschreibt lieber eine Online-Petitionen und wählt Parteien, die sich für uns einsetzen. Ich verrate nur so viel: Jens Spahn ist es nicht.“ Nina

⁵⁴ Quelle: von Julia Proisinger: <https://m.tagesspiegel.de/berliner-krankenpflegerin-klagt-an-euren-applaus-koennt-ihr-euch-sonstwohin-stecken/25691690.html>, am 28.3.2020

Magdalena Böhmer, 28, ist Krankenpflegerin in Berlin. Hier schildert sie ihren Joballtag und erklärt, warum sie nachts nicht schlafen kann.

In diesen Tagen verabreden sich Menschen auf Balkonen, um anderen wie Nina Magdalena Böhmer Applaus zu geben für ihren Einsatz in der Coronakrise. Vor einigen Tagen postete die Krankenpflegerin auf Facebook frustriert und wütend: „Euren Applaus könnt ihr euch sonstwohin stecken.“

Ich weiß, er ist als nette Geste gemeint. Aber glaubt mir: Es verändert absolut nichts. Ich bin gelernte Gesundheits- und Krankenpflegerin, früher sagte man Krankenschwester. Seit ich 16 bin arbeite ich in der Pflege, seit zwei Jahren auf einer peripheren Station in einer Berliner Klinik. Wie sie heißt, will ich nicht sagen, weil mein Arbeitgeber nichts für unser Gesundheitssystem kann.

Wir bereiten uns auf einen Ansturm vor

Ab nächster Woche hätte ich eigentlich Urlaub, aber ich habe mich freiwillig gemeldet, um weiterzuarbeiten. Wir bereiten uns auf einen Ansturm von Patienten vor.

Natürlich gab es auch auf meiner Station schon Patienten mit Coronaverdacht. Anfang der Woche habe ich gelesen, dass das Robert-Koch-Institut empfiehlt, die Quarantäneregeln für medizinisches Personal zu lockern. Dass wir also arbeiten sollen, auch wenn wir Kontakt zu einem Infizierten hatten. Wir sollen jetzt die Helden sein und werden so behandelt?

Das macht mich so wütend! Wir sind doch keine andere Gattung von

Mensch, wir haben doch keine Superkräfte. Und wir können so viele andere anstecken.

Das finde ich fahrlässig.

Auf dem Weg zum Krankenhaus, beim Bäcker, zu Hause und vor allem bei der Arbeit: Wie soll ich anderthalb Meter Abstand halten, wenn ich eine Person wasche oder ihr Blut abnehme? Das finde ich fahrlässig.

Ich habe eigentlich so einen schönen Beruf. Oft gehe ich glücklich nach Hause, weil ich daran mitwirken konnte, dass es Menschen besser geht. Oft habe ich aber auch ein schlechtes Gewissen, weil ich dem nachfolgenden Dienst Arbeit übrig gelassen, einfach nicht alles geschafft habe.

Rückenschmerzen habe ich fast immer und schlaflose Nächte oft genug. Manchmal mache ich mir Sorgen um einzelne Patienten, manchmal ist es nur der Schichtdienst, der mich wachliegen lässt.

Wir sind keine Maschinen!

Vor ein paar Wochen hat Jens Spahn entschieden, wegen Corona die Personaluntergrenzen für bestimmte Stationen aufzuheben. Natürlich ist das jetzt eine Ausnahmesituation, aber es war doch vorher schon kaum zu schaffen. Wir sind keine Maschinen!

Der Pflegenotstand ist ja seit Jahren bekannt. Es gab Berichte, Talkshowdiskussionen, passiert ist nix. Heute ist alles so schnelllebig, die Buschbrände in Australien sind auch erst ein paar Wochen her. Insofern bin ich mir nicht so sicher, ob sich durch die Coronakrise für meine Berufsgruppe langfristig was ändert.

Ich hätte gerne mehr Zeit, um meinen Patienten zuzuhören. Ich möchte nicht

warten müssen, um einen übergewichtigen Mann umlagern zu können. Ich hätte gern Hilfe, wenn ich jemanden vom Bett in den Rollstuhl hebe. Ich wünsche mir, dass die Versorgung an erster Stelle steht und nicht die Fallpauschale.

Allein mit 80 Patienten

Ich finde, das Gesundheitswesen darf nicht privatisiert sein. Ich finde es absurd, dass Stationen mehr Patienten aufnehmen, als sie eigentlich Kapazität haben, weil sie sonst kein Geld verdienen.

Dass ich manchmal die einzige Fachkraft mit noch einem Pflegeschüler bin, dem ich natürlich auch gerecht werden will. Wir müssen uns dann zusammen um 40 Patienten kümmern. Und der Druck, alles zu dokumentieren, ist auch gewachsen.

Wissenswertes über den Pflegeberuf:

- Die Ausbildung zum Gesundheits- und Krankenpfleger dauert in der Regel drei Jahre

- Das Einstiegsgehalt liegt zwischen 2.000 und 2.400 Brutto. Nach 13 Jahren im Beruf sind es durchschnittlich 3.200 Euro Brutto

Die Verweildauer im Beruf liegt bei 7,5 Jahren. Laut der Gewerkschaft Verdi werden in Deutschen Krankenhäusern bis zu 36 Millionen Überstunden geleistet

- Im Schnitt muss eine Pflegekraft in Deutschland 13 Patienten gleichzeitig betreuen. Das ist einer der höchsten Werte in ganz Europa

Aber was beschwere ich mich – Freunde von mir sind als Altenpfleger manchmal mit 80 Patienten alleine. Wir haben so viel Verantwortung, es dürfen keine Fehler passieren. Aber dann klin-

gelt schon wieder ein Patient und schwupps hat man vergessen, was man sich gerade aufschreiben wollte.

Toll wäre es, ich hätte nur zehn oder sogar fünf Patienten, für die ich zuständig wäre. Dann hätte ich Spaß an der Arbeit.

Das ist für keine Seite hygienisch. Inzwischen haben wir in unserer Klinik wieder Mundschutz und auch Desinfektionsmittel. Aber die letzten zwei Wochen musste ich häufig einen Mundschutz und Schutzkittel für mehrere Patienten benutzen. Und die werden ja nass, wenn man atmet und spricht. Das ist für keine Seite besonders hygienisch.

Wie in fast allen Krankenhäusern wurde auch bei uns Material geklaut. FFP-2-Filtermasken gab es sowieso nur für die Rettungssanitäter. Von Freunden höre ich jetzt, dass einige Krankenhäuser dazu übergegangen sind, selbst Mundschutz zu nähen. In anderen Krankenhäusern gibt es keine Handschuhe mehr. Ich hörte auch, Jens Spahn will die Pflege attraktiver machen. Das ist gut. Aber anders als er sich das so vorstellt, gehört dazu sehr wohl auch Geld. Gerade habe ich in einer Studie des DIW gelesen, dass der Bruttostundenlohn in systemrelevanten Berufen wie meinem um 15 bis 20 Prozent niedriger liegt als in nicht systemrelevanten Berufen. Wir wollen auch mal reisen, uns etwas ansparen.

Eigentlich sollten genau jetzt alle Pflegekräfte ihren Job kündigen! Aber natürlich bauen alle darauf, dass wir sowieso nicht streiken, weil es bei unseren Patienten um Leben und Tod geht.

Geht für uns auf die Straße !

Wenn ihr uns helfen wollt, dann klatscht nicht, singt nicht, unterschreibt lieber eine Online-Petition und wählt Parteien, die sich für uns einsetzen. Ich verrate nur so viel: Jens Spahn ist es nicht.

Weitere Forderungen

Medica mondiale: CORONA-KRISE: GEWALTSCUTZ FÜR GEFLÜCHTETE FRAUEN muss endlich umfassend umgesetzt werden

Köln, 07. April 2020: Wegen dutzenden Corona-Fällen steht seit vergangener Woche in Euskirchen die erste Landesunterkunft für Geflüchtete in Nordrhein-Westfalen unter Quarantäne. In mehreren Bundesländern wurden bereits ähnliche oder weitergehende Maßnahmen für andere Geflüchtetenunterkünften getroffen. *medica mondiale* befürchtet, dass geflüchtete Frauen in den überfüllten Unterkünften damit mehr denn je von Gewalt bedroht sind.

"Das Ausbrechen von Corona in den überfüllten Unterkünften war nur eine Frage der Zeit. Alle, die noch nicht erkrankt sind, müssen nun schnellstmöglich dezentral untergebracht werden", sagt Jessica Mosbahi, Referentin für Politik und Menschenrechte bei *medica mondiale*. "Wo Hunderte auf engstem Raum zusammenleben, ist nicht nur die Gefahr der Verbreitung des Virus extrem hoch, sondern es steigt auch der Stress für die Bewohnerinnen und Bewohner. Stress, der sich meist in Form von Gewalt gegenüber Frauen und Kindern entlädt."

In Krisen nimmt Gewalt typischerweise zu, auch als Folge von Stress und Ängsten, wie sie aktuell durch die mit der Corona-Pandemie verbundenen Einschränkungen vorhanden sind. Dies gilt umso mehr für Menschen, die sich bereits in einer Ausnahmesituation be-

finden. "Bereits vor Ausbruch des Corona-Virus waren die Frauen in den vollen Unterkünften gewaltsamen Übergriffen, darunter auch sexualisierter Gewalt, ausgesetzt. Trotzdem wurde das Thema Gewaltschutz in den Flüchtlingsunterkünften nur schleppend angegangen", so Mosbahi. "Fortbildungen des Personals zu sexualisierter Gewalt und einem gender- und traumasensiblen Arbeitsansatz sind bis heute nicht institutionalisiert. Und das, obwohl die verbindliche Istanbul-Konvention den Schutz geflüchteter Frauen vor Gewalt ausdrücklich einfordert."

"Gewaltschutzkonzepte müssen endlich umfassend umgesetzt werden. Alle Maßnahmen zur Eindämmung von Corona in den Unterkünften sollten auch die besondere Situation geflüchteter Frauen sowie ihre Bedarfe in den Blick nehmen", sagt Mosbahi. "Die Bundesregierung begründet ihre Schutzmaßnahmen mit der Bitte um Solidarität und gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Doch auch geflüchtete Menschen sind Teil unserer Gesellschaft- ob in deutschen Unterkünften oder auf den griechischen Inseln. Hier gilt es deutlich zu machen, dass unsere Solidarität und damit auch der Schutz vor dem Corona-Virus auch für sie gelten muss." *presse@medicamondiale.org*

Gemeinsames Statement zur Coronakrise: Wenn das Zuhause kein sicherer Ort ist

19.03.2020 auf: www.bff.de⁵⁵

Meldungen aus China bestätigen, was Fachberatungsstellen für Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt auch in Deutschland befürchten: In der aktuellen Krisensituation mit starken Einschränkungen im öffentlichen Leben

steigt die Gefahr für Frauen und Kinder, häusliche und sexualisierte Gewalt zu erfahren. Das eigene Zuhause ist zu oft kein sicherer Ort. Laut einer Pekinger Frauenrechtsorganisation war die Zahl der Betroffenen von häuslicher Gewalt, die sich während der verordneten Quarantäne an die Hilfsorganisation gewandt haben, dreimal so hoch wie zuvor.

Während das Gewaltrisiko steigt, fallen Verletzungen oder Unterstützungsbedarfe von Betroffenen weniger auf, wenn Betroffene z.B. nicht mehr in die Schule, zur Arbeit oder in den Sportverein gehen.

Für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die von Gewalt im direkten sozialen Umfeld betroffen sind, kann die aktuelle Situation bedeuten, Täter*innen ständig ausgeliefert zu sein.

Die Vernetzungsstellen [bff](#), [BKSF](#), [BAG FORSA](#) und [DGfPI](#) möchten Betroffene und Bezugspersonen ermutigen, sich Unterstützung bei sexualisierter oder häuslicher Gewalt zu suchen und damit nicht allein zu bleiben. Fachberatungsstellen und andere Hilfseinrichtungen sind auch weiterhin telefonisch und online erreichbar und unterstützen im Einzelfall. Die Vernetzungsstellen und die ihnen angeschlossenen Fachberatungsstellen unterstützen außerdem die Aufrufe für eine solidarische Nachbarschaft. Das ist ein guter Ansatz, der auch in Fällen von häuslicher und sexualisierter Gewalt hilfreich ist. Wichtig ist es, nicht wegzuschauen, sondern Zivilcourage zu zeigen und z.B. Betroffenen Unterstützung anzubieten oder sich selbst über Hilfsangebote zu informieren. Auch Unterstützungspersonen können sich Hilfe holen und beraten lassen, wenn sie unsicher sind, wie sie Betroffene unterstützen können. *Adressen von Fachberatungsstellen bundesweit sind hier zu finden:*

www.frauen-gegen-gewalt.de/de/hilfe-vor-ort.html

⁵⁵ Bundesverband der Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen

www.hilfeportal-missbrauch.de/nc/adressen/hilfe-in-ihrer-naehe/kartensuche.html

Außerdem stehen Hotlines für Betroffene und Bezugspersonen zur Verfügung, an die sie sich kostenfrei und bei Bedarf auch anonym wenden können:

Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen: 08000 116 016; www.hilfetelefon.de

Hilfetelefon sexueller Missbrauch: 0800-22 55 530; www.nina-info.de/hilfetelefon.html

Online-Beratung für Jugendliche:

www.nina-info.de/save-me-online

Sammelunterkünfte für Geflüchtete in Corona-Zeiten

Die Lagerpflicht für Geflüchtete muss endlich abgeschafft werden!

Wir fordern den Bayerischen Landtag auf, die Gesetze zur Unterbringung von Asylsuchenden dahingehend zu ändern, dass Geflüchtete ohne Restriktionen jederzeit berechtigt sind aus Massenunterkünften auszuziehen und private Wohnungen zu beziehen.

Wir fordern den Bayerischen Landtag auf, den Artikel 2 Absatz 2 des bayerischen Aufnahmegesetzes (AufnG) zu streichen sowie den Artikel 4 Absatz 3, 4 und 5 AufnG so abzuändern, dass die private Wohnsitznahme für Geflüchtete ermöglicht wird, wenn diese eine eigene Wohnung haben.

Wir fordern die Anpassung des §7 der Bayerischen Asyldurchführungsverordnung (DVAsyl), damit Asylsuchende selbstständig über ihren Aufenthaltsort bestimmen können.

Der Bayerischen Staatsregierung muss spätestens jetzt klar werden, dass eine zwangsweise Unterbringung in Massenlagern die Menschen auf Dauer nicht nur entrechtet, sondern sie psychisch und gerade jetzt auch nachweisbar physisch krank macht. Wir fordern deshalb, die Lagerpflicht für Geflüchtete sowie die großen Sammelunterkünfte abzuschaffen und auf kleine

und dezentrale Unterbringung zu setzen!

Warum ist das wichtig?

Social Distancing funktioniert nicht in Sammelunterkünften! Gemeinsames Badezimmer. Gemeinsame Küche. Kantinen. Gemeinsame Mehrbettzimmer.

Die Folgen zeigen sich in tragischer Weise an drei Todesfällen: Am 20. April ist ein 60-jähriger Geflüchteter aus dem unterfränkischen ANKER-Zentrum Geldersheim bei Schweinfurt an Covid-19 verstorben. Am 26. April starb ein 35-jähriger Asylsuchender aus einer Münchener Unterkunft im Krankenhaus an Covid-19, nachdem er wohl nicht rechtzeitig gesundheitlich versorgt wurde. Wenig später, am 3. Mai, ist ein 26-jähriger Asylsuchender, der ebenfalls in einer staatlichen Unterkunft in München lebte, im Krankenhaus an dem Virus gestorben.

Immer wieder wird berichtet, dass in zahlreichen Unterkünften nicht einmal Dinge wie Seife, Desinfektionsmittel oder Trockentücher ausreichend bereitgestellt werden, durch die zumindest ein Grundmaß an Hygienevorkehrungen getroffen werden kann. Anstatt auf die Probleme der Menschen in den Massenunterkünften einzugehen, setzt die Staatsregierung auf Abschottung und Ausgrenzung. Ganze Unterkünfte werden unter Quarantäne gestellt, mit Bauzäunen isoliert und Sicherheitsdiensten ausgestattet, statt die infizierten Menschen zu verlegen und medizinisch zu versorgen. In einigen Unterkünften wird trotz positiver Fälle darauf verzichtet, auch alle anderen Bewohner*innen auf das Coronavirus zu testen. Personen, die einer Risikogruppe angehören, werden nicht ausreichend geschützt und meist nur innerhalb der Unterkunft in separaten Gebäuden untergebracht. Dass dies bei weitem nicht ausreicht, zeigt das Beispiel des AN-

KER-Zentrums Geldersheim bei Schweinfurt, das mittlerweile unter Endlosquarantäne steht. Die Bewohner*innen befinden sich seit Wochen in einem psychischen Ausnahmezustand.

Die zwangsweise Unterbringung von Geflüchteten in Sammelunterkünften ist nicht erst seit der Corona-Pandemie problematisch. Bereits seit Jahren kritisieren Bewohner*innen, Organisationen und Aktivist*innen die bayerische Unterbringungspolitik für Asylsuchende. Mangelnde Privatsphäre, beengte Unterbringung von vielen Menschen auf zu wenig Wohnraum, fehlende Gemeinschaftsräume, gesellschaftliche Isolation und teils katastrophale hygienische Zustände sind Alltag in den bayerischen Asylunterkünften. Spätestens jetzt muss den Verantwortlichen klar werden, welche Folgen die Verpflichtung, in diesen Unterkünften zu wohnen, für die Betroffenen hat. Aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive ist es unhaltbar, alle Menschen zu gefährden, indem weiterhin Massenveranstaltungen in Form von Massenunterkünften existieren.

Petition: Lagerpflicht für Geflüchtete abschaffen!

Diese Petition wurde gestartet von folgenden Organisationen: Bayerischer Flüchtlingsrat (BFR), Münchner Flüchtlingsrat (MFR), LeTRa Lesbenberatung, Refugee Struggle for Freedom.

Jetzt die Petition unterschreiben>>>

„Vor dem Virus sind alle gleich“ – das ist ein Satz, der aktuell oft gesagt wird. Doch das stimmt leider nicht. Menschen, die bereits vor der Krise von prekären Lebensverhältnissen betroffen waren, trifft Corona um ein Vielfaches stärker.

Weltweit sind alle Menschen dazu verpflichtet, Abstand zu halten. Vonseiten

der Regierung werden zum Wohle Aller Groß- und Massenveranstaltungen abgesagt. ABER: Massenunterkünfte werden weiter betrieben. Ein Widerspruch! Diese Tatsache ist nicht nur lebensgefährlich für die Menschen, die in den Sammelunterkünften leben müssen, sondern für alle!

#Abortionincrisis –

Sicherer Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen auch in der Corona-Krise

Stimmrecht gegen Unrecht Kollektiv hat diese Petition an Bundesministerium für Gesundheit und an 2 mehr gestartet. Wer ungewollt schwanger ist, kann nicht warten, bis die Pandemie vorüber ist. Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ist in Deutschland schon ohne Pandemie schwierig, aufgrund der aktuellen Krise ist der Zugang akut gefährdet.

Schwangerschaftsabbrüche sind ein wichtiger Bestandteil der medizinischen Grundversorgung. Sie müssen auch in Krisensituationen zugänglich sein. Auch in der aktuellen Corona-Krise wird es zu ungewollten Schwangerschaften kommen, vermutlich sogar zu mehr als sonst. Gleichzeitig werden in einigen Regionen (wie z.B. den Bundesstaaten Texas und Ohio) Schwangerschaftsabbrüche nun komplett verboten - soweit darf es in Deutschland auf keinen Fall kommen!

Viele der Pflichtberatungsstellen sind hier bereits geschlossen oder nur eingeschränkt geöffnet und für schwangere Personen, die sich in Isolation oder Quarantäne befinden, nicht zugänglich. Dasselbe gilt für Praxen und Kliniken, in denen die Eingriffe durchgeführt werden. Außerdem sind die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch nicht für jede Person zu stemmen.

Schwangerschaftsabbrüche sind an bestimmte Fristen gebunden, die durch

die aktuelle Lage und die genannten Probleme nicht eingehalten werden können (vgl. Doctors for Choice Germany 22.03.2020).

Deshalb fordern wir:

1. Schwangerschaftsabbrüche müssen als notwendige medizinische Leistungen im Sinne der Pandemiebestimmungen für medizinische Einrichtungen anerkannt werden!

2. Die Beratungspflicht und die Wartezeit müssen ab sofort und für den kommenden Zeitraum ausgesetzt werden. Falls das nicht möglich ist, muss eine anerkannte Beratung über Video oder Telefon für alle zugänglich gemacht werden. Zu unterscheiden von einer Beratungspflicht ist das Beratungsrecht, das immer und kontaktlos gewährleistet sein muss

3. Eine niederschwellige und ausgeweitete Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen, indem:

- kontaktlose und unbürokratische Lösungen geschaffen werden (z.B. Online-Anträge für Kostenübernahme bei den Krankenkassen)

- bei Kostenübernahme für einkommensschwache Personen die aktuelle Lage berücksichtigt wird, z.B. bevorstehender Verlust des Einkommens

4. Der sogenannte Home-Use von medikamentösen Schwangerschaftsabbrüchen mit telemedizinischer Begleitung muss geprüft und offiziell erlaubt werden (nach den Richtlinien der WHO).

Unsere Forderungen stehen nicht im luftleeren Raum, sondern sind eingebettet in aktuelle Umstände, welche ein sofortiges Handeln unumgänglich machen. Denn in Krisensituationen steigen die Fälle von sexualisierter Gewalt gegen Frauen und andere marginalisierte Geschlechter durch ihre Partner oder andere Mitglieder ihres Haushalts weiter an. Durch die gebotene häusliche Isolation sind Betroffene häufiger als sonst den Tätern ausgesetzt (vgl. Deutscher Frauenrat 30.03.2020). Somit

werden hier die Fälle von ungewollten Schwangerschaften unumgänglich steigen. Auch ökonomische Abhängigkeit wird verschärft, da es vermehrt zu Jobverlusten und geringeren Einkommen kommt. Durch massenweise steigende Arbeitslosigkeit und plötzliche Einkommenseinbuße durch die Corona-Krise ist es vielen nun erschwert, die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch selbst zu übernehmen. Die Kostenübernahme durch die Krankenkassen ist an strenge Voraussetzungen gebunden, die nicht jede Person, die tatsächlich finanzielle Hilfe benötigt, nachweisen kann (vgl. taz, 26.03.2020) Der Verlust des Einkommens führt außerdem genauso wie Lieferengpässe dazu, dass derzeit weniger Menschen sicheren Zugang zu Verhütungsmitteln haben. Auch das wird zu einem Anstieg ungewollter Schwangerschaften führen. Abgesehen von diesen verschärfenden Faktoren kann es immer, auch bei korrekter Verhütung, zu ungewollten Schwangerschaften kommen.

Schon vor der Corona-Krise gab es in Teilen Deutschlands einen Mangel an Praxen oder Kliniken, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden. Das Problem wird noch verstärkt, wenn Praxen wegen Erkrankung oder Quarantäne von medizinischem Personal schließen müssen, oder wenn Krankenhäuser die Eingriffe wie andere Operationen verschieben (vgl. DIE LINKE Bayern 01.04.2020). Die Politik fordert bereits an vielen Stellen unbürokratische Lösungen - lasst uns das auch auf Schwangerschaftsabbrüche übertragen! Nutzt euer Stimmrecht gegen Unrecht! Denn jeder Mensch hat ein Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung. Auch oder gerade in Zeiten einer globalen Krise

**Eine Pionierin der Frauenbewegung ist von uns gegangen:
URSULA NIENHAUS**

Von Gisela Notz⁵⁶

Ursula war eine der ‚Alt-Feministinnen‘, von der ich nicht weiß, wann ich sie kennengelernt habe, weil ich sie eigentlich schon immer kannte. Sie war eine derjenigen, die sich stets und über alle Zeiten zum Feminismus bekannt hat, auch wenn dies nicht ‚modern‘ war. Als ich ihr das letzte Mal begegnete, erzählte sie mir voller Stolz, dass nun junge Frauen das FFBIZ übernommen haben und es in guten Händen ist. Das FFBIZ,⁵⁷ in Berlin war – neben anderen Aktivitäten – ihre Herzensaufgabe. Sie hat es (mit)gegründet. Dass es sich durch die (nicht nur) finanziellen Schwierigkeiten durch die Jahre bringen konnte, war vor allem ihr Verdienst. Und darauf, dass es nach ihrem «Ruhestand» von jungen Menschen weitergeführt wurde, war sie zu Recht stolz. Das haben nicht alle Gründerinnen für ihre Projekte geschafft.

Was viele vielleicht nicht mehr wissen: Das FFBIZ wurde 1973/74 als vorläufige Sammlung des Lesbischen Aktionszentrums begonnen und 1978 - 10 Jahre nach dem legendären Tomatenwurf – gegründet. Das FFBIZ war bewusst ein außeruniversitäres wissenschaftliches Projekt. Es verstand sich, wie andere Einrichtungen der autonomen Frauenbewegung als Kritik an der etablierten herrschenden Wissenschaft und Forschung, die Frauen – bevor die Frauen- und Geschlechterforschung entstand – sowohl als Subjekt als auch als Objekt – weitestgehend ausschloss und nur reduziert und verzerrt wahr-

nahm. Das FFBIZ vertrat seit der Gründung 1978 eine historisch-kritische Geschlechterforschung, die durch den Einfluss der autonomen Forscherinnen auch die universitäre Forschung und Lehre verändert hat. An der FFBIZ-Gründung beteiligten sich Frauen verschiedener Kontinente und etliche Mitarbeiterinnen aus unterschiedlichen damals sogenannten «Entwicklungshilfe-Einrichtungen»; jahrelang gab es eine aktive Arbeitsgruppe internationaler Frauen im FFBIZ. Daher wurden außer Materialien aus und über Berlin und die Bundesrepublik auch Frauenbewegungsdokumente aus nahezu allen Teilen der Welt gesammelt, erschlossen und zur öffentlichen Nutzung bereitgestellt. Die Bestände des Archivs sind seit der Gründung des FFBIZ kontinuierlich gewachsen. Die Erfahrungen des FFBIZ wurden von ähnlichen Einrichtungen in anderen Orten aufgenommen. Wie viele Frauenprojekte litt das FFBIZ unter ständigem Geldmangel und war nur durch viel Gratisarbeit zu retten. Dass das Archiv daran nicht zugrunde ging, sondern eine der größten Sammlungen zur Frauenbewegung seit Anfang der 1970er Jahre wurde, ist Ursula zu verdanken. Schließlich musste die autonome Staatsknete-Abneigung überwunden werden, das war kein leichter Prozess, rettete jedoch das Projekt. Dass sie am 10. Dezember 2014 das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland genommen hat, verwunderte mich. Schließlich hätte dieser Staat ihrem Herzensprojekt lieber den Geldhahn zugedreht. Als das FFBIZ im Jahr 2018 sein 40 jähriges Bestehen feiern konnte, wurde auch Ursula von ihren fitten jungen Nachfolgerinnen im Rahmen des FFBIZ Oral-History-Projekts interviewt. So können wir sie noch einmal erzählen lassen, wie das alles damals wirklich war. Vermissen werden wir sie dennoch, denn eine wie sie vergisst man nicht.

⁵⁶ Gisela Notz ist Mitglied des Gesprächskreis-Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie war viele Jahre Redakteurin der Zeitschrift Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis

⁵⁷ das Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum e.V.

Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab 73/1995, gegr. 1982

73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. 78/ 96 13 Jahre autonome Projektarbeit. 79/96 Eigenständige berufliche Existenz. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. 82/97 Kindesmisshandlungen im Internet/Männergewalt macht keine Männer. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, 87/98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. 88/99 Männer gegen Männergewalt. Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, 89/99 Gewalt gegen Frauen im Krieg, 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern, 92/00 Frauen und Militär, 93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Missbrauch und Ansätze der Prävention, 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt, 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, 97/02 Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, 99/02 Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? 100/02 Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, 101/03 Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, 102/03 Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? 103/03 Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen, 104/03 Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten, 105/03 Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule, 106/03 Autonome Frauenräume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra, 107/04 Transgender und Feminismus, 108/04 Zur Kopftuchdiskussion, 109/04 Krieg und Geschlechterverhältnisse, 110/04 Widerstand für Frauenrechte und Frauenwürde, 111/04 Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen, 112/05 Menschenrechte-Frauenrechte, 113/05 Die Rückkehr des Dienstmädchens, 114/05 Quotierung ist verfassungsgemäß,

115/05 Altersbilder von Lesben, 116/05 Alternativen zur Globalisierung. 117/06 Femicidio. Frauenmorde in Mexiko, 118/06 Auswirkungen von sexueller Gewalt auf die Arbeitssituation von Frauen, 119/06 Gewalttätige Mädchen. Mythos und Realität, 120/06 In Nomine Patris. Die Interessen der Vaterrechtsbewegung, 121/07 Krise der sozialen Systeme, 122/07 Migration. Männlichkeit und Frauen(ver-)achtung, 123/07 Frauen als Retterinnen in der Nazizeit, 124/07 Gewalt in der Lebensgeschichte alter Frauen, 125/08: Sorge- und Umgangsrecht – weitere Verschlechterungen für Frauen und Kinder, 126/08 Grenzen setzen gegen Gewaltstrukturen, 127/08 Zeit und Zukunft des Feminismus, 128/09 Feministische Unterrichtsprinzipien, 129/09 25 Jahre Kofra, ein viertel Jahrhundert feministische Frauenprojektarbeit. 130/09 Frauenarmut: Daten, Fakten, Relationen 131/09 Vorsicht Lebensschützer! 132/09 Hartz IV - Die Würde des Menschen ist antastbar. 133/10 Repatriarchalisierung durch Sorge- und Umgangsrecht im neuen Familienrecht FamFG 134/10 Pornografisierung - Auswirkungen und Protest, 135/10 Frauen in Spitzengremien der Wirtschaft – Handlungsbedarf, 136/10 Gesetzesinitiativen gegen Pornografie, 137/11 Mehr Frauen in die Sprache. Warum geschlechtergerechte Formulierung immer noch wichtig ist. 138/11 Feminismus – Kritik der Herrschaftsverhältnisse; 139/11 Arabische Frauen zwischen Partizipation und Exklusion; 140/11 Männergewalt gegen Frauen: kein Ende? 141/12 Vergewaltigung – das straffreie Delikt?, 142/12 Sexuelle Gewalt: das Schweigen. #ich hab nicht angezeigt, 143/12 Frauen in männerdominierten Berufsbereichen, 144/13 Sexismus-Debatte Reloaded, 145/13 Neue Perspektiven auf die Prostitution, 146/13 Lesben in den Medien: unsichtbar? 147/14 Sexueller Missbrauch: Täterschutz vor Opferschutz. 148/2014: Zur Realität in der Prostitution, 149/2014: Der Fußball und die Konstruktion von Männlichkeit, 150/2014 Die Brutalität der Pornografie heute, 151/152/2014: Stop Sexkauf. Textsammlung zur Forderung nach dem Sexkaufverbot, 153/2015: Leihmutterchaft, 154/2015: Social Freezing, 155/2015: Flüchtlingsfrauen :Schutz vor Gewalt, 156/2016: Sexuelle Gewalt - Die neue Debatte. 157/ 2016/2017: Die Freierbestrafung in Frankreich, 158/2017: Der Freier; 159/2017: Trump und die Frauenbewegung in den USA; 160/2017: Frauenemanzipation, Vaterrecht und Wechselmodell; 161/2018: Frauengerechte Sprache: Die Aktivistin. 162/2018: Hartz IV produziert Armut, 163/2019: Weg mit §119a, #keine Kompromisse; 164/2020: Männergewalt gegen Frauen beenden!

Kofra

Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.